

Statistik für Landkreise

Rhein-Neckar-Kreis



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT



Baden-Württemberg
STATISTISCHES LANDESAMT

Impressum

Statistik für Landkreise 2007

Artikel-Nr. 8030 07001

Herausgeber und Vertrieb
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis
15,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Titelkarte
Mit freundlicher Genehmigung:
Westermann Schulbuchverlag GmbH,
Braunschweig

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2007

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

2007

Statistik für Landkreise

Rhein-Neckar-Kreis

Entwicklung und Realisierung

■ **Projektleitung:** Cornelia Schwarck ■ **Fachliche Unterstützung:** Michael Bannholzer, Franz Burger, Sigrid Büttner, Jutta Demel, Dr. Dirk Eisenreich, Ramona Friedrich, Inge Günther, Sabine Haug, Adina Kleinsteuber, Jürgen Krüger, Nicole Michel, Maria Ouzounova-Wittig, Ivailo Petkow, Axel Schilling, Silvia Schwarz-Jung, Martina Stroh, Adalbert Ullrich ■ **Datenaufbereitung:** Martin Winter ■ **Prüfung:** Erika Klein ■ **Programmierung:** Wilfred Berger ■ **Redaktion:** Andrea Jautz ■ **Technik/DTP:** Claudia Hierath, Wolfgang Krentz

Einführung und Inhalt

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg veröffentlicht mit dieser Ausgabe zum zweiten Mal die Publikation „Statistik für Landkreise“. Sie bietet in 29 Tabellen und 21 Schaubildern eine Übersicht der wichtigsten statistischen Informationen für jeden einzelnen Landkreis. Kurze allgemein verständliche Texte zu den 17 Kapiteln ergänzen die Publikation. Darstellungen im Anhang, zusammen mit den Werten des Landes und der Stadtkreise, erleichtern den Vergleich.

Das Spektrum der kreisrelevanten Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Beschäftigte und Arbeitsmarkt“, „Wirtschaft“ bis hin zu „Kommunales Abfallaufkommen“. Die Kenngrößen werden jeweils zum aktuellen verfügbaren Stand dargestellt. Größtenteils ist die zeitliche Entwicklung aus dem kurzfristigen Vergleich (zum Vorjahr) und langfristig abzulesen, wobei durch die unterschiedlichen Erhebungszeitpunkte der Statistiken zum Teil längere Zeiträume entstehen können. Bei einigen Themen wie „Branchenstruktur“ und „Bildung“ steht die aktuell verfügbare Struktur im Vordergrund.

Kreisdaten im Überblick	4
Karte: Verwaltungseinteilung des Landes Baden-Württemberg	6
Fläche	7
Bevölkerung	8
Bildung	10
Wahlen	11
Wohnen	12
Tourismus	13
Landwirtschaft	14
Beschäftigte und Arbeitsmarkt	15
Branchenstruktur	16
Wirtschaft	17
Einkommen	18
Öffentliche Finanzen und Personal	19
Sozialleistungen	20
Ärztliche Versorgung	21
Wasserwirtschaft	22
Kommunales Abfallaufkommen	23
Verkehr	24
Anhang	25

Kreisdaten im Überblick ...

	Einheit	Kreis
Fläche		
Fläche insgesamt 2006	ha	106 171
Zahl der Gemeinden im Kreis	Anzahl	54
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2006	Anzahl	534 220
Bevölkerungszu-/abnahme 2006	Anzahl	+ 237
Voraussichtliche Bevölkerung 2025 ¹⁾	Anzahl	528 455
Bildung ²⁾		
Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2006/07	Anzahl	57 314
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2006/07	Anzahl	5 261
Schüler an beruflichen Schulen insgesamt 2006/07	Anzahl	11 259
Wohnen		
Wohngebäude 2006	Anzahl	123 508
Wohnungen 2006 ³⁾	Anzahl	247 393
Tourismus		
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2006	Anzahl	1 223 894
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2006	Anzahl	329 036
Beschäftigte und Arbeitsmarkt		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2006	Anzahl	135 500
Pendlersaldo 2006	Anzahl	- 43 816
Arbeitslose insgesamt 2006	Anzahl	17 275
Wirtschaft		
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (BIP) 2005	Mill EUR	12 418
Veränderung des Bruttoinlandsprodukt gegenüber 2004	%	+ 1,8
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen 2005	Mill EUR	11 207
Sozialleistungen		
Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt 2005	Anzahl	145
Empfänger von Allgemeinem Wohngeld 2005	Anzahl	2 797
In Kindertageseinrichtungen betreute Kinder unter 3 Jahre je 100 Kinder 2006	Anzahl	10,0
In Kindertageseinrichtungen betreute Kinder von 3 bis 6 Jahre je 100 Kinder 2006	Anzahl	93,7
Ärztliche Versorgung		
Ärzte in freier Praxis 2006	Anzahl	796
Apotheken 2006	Anzahl	159
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2006	Anzahl	378 722
Pkw je 1 000 Einwohner 2006	Anzahl	613
Straßenverkehrsunfälle 2006 ⁴⁾	Anzahl	2 607
Verunglückte Personen 2006	Anzahl	2 407

... und im Vergleich

	Einheit	Kreis	Land
Fläche			
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2006	%	19	14
Waldfläche 2004	%	36	38
Landwirtschaftsfläche 2004	%	43	46
Bevölkerung			
Bevölkerungsdichte 2006	Einw/km ²	503	300
Ausländeranteil 2006	%	10	12
Durchschnittsalter 2006	Jahre	42,4	41,7
Geburtenrate ⁵⁾ 2000 bis 2006	Anzahl	44	45
Bildung²⁾			
Übergänge auf Hauptschulen 2006/07	%	23	28
Übergänge auf Realschulen 2006/07	%	31	33
Übergänge auf Gymnasien 2006/07	%	45	38
Wohnen			
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2006	%	57	58
Wohnfläche je Einwohner 2006	m ²	44	42
Tourismus			
Übernachtungen je 1 000 Einwohner 2006	Anzahl	2 291	3 805
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2006	%	27	33
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2006	Tage	1,9	2,7
Beschäftigte und Arbeitsmarkt			
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2006	%	38	41
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2006	%	22	21
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2006	%	40	38
Wirtschaft			
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2005	EUR	23 287	30 377
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer 2005	EUR	28 890	28 569
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2005	EUR	19 384	19 261
Ärztliche Versorgung			
Einwohner je Arzt in freier Praxis 2005	Anzahl	671	648
Einwohner je Zahnarzt 2005	Anzahl	1 290	1 292
Einwohner je Apotheke 2006	Anzahl	3 358	3 866
Kommunales Abfallaufkommen			
Häusliche Abfälle je Einwohner 2006	kg	351	351
Wertstoffaufkommen je Einwohner 2006	kg	155	163
Wasserwirtschaft			
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2004	Liter/Tag	127	123
Gesamtpreis für Trink- und Abwasser 2007	EUR/m ³	3,81	3,95

Verwaltungseinteilung des Landes Baden-Württemberg

Stand: 1. Januar 2006



1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Fläche

Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst aktuell 35 752 km². Damit ist der Südweststaat etwas größer als Belgien und nur wenig kleiner als die Schweiz. Der Landkreis mit der größten Fläche ist der Ortenaukreis mit 1 851 km², gefolgt vom Landkreis Ravensburg mit 1 632 km².

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der gesamten Bodenfläche in Baden-Württemberg beträgt mit 493 600 ha knapp 14 %. Noch Ende der 80er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts lag er unter 12 %. Im Jahr 2006 wurde täglich eine Fläche von ca. 9,4 ha für Baumaßnahmen in den Bereichen Wohnen, Gewerbe, Industrie, Straßen, etc. umgewidmet. Den größten Teil an der Siedlungsfläche- und Verkehrsfläche nehmen Gebäude- und Freiflächen (54 %) ein. Vier Zehntel entfallen auf Verkehrsflächen, das heißt auf Flächen für Straßen, Wege, Plätze, den Schienen- und Luftverkehr. Rund 6 % nimmt die Erholungsfläche ein. Unter den Landkreisen gibt es deutliche Unterschiede hinsichtlich des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Er reicht von 24 % im Landkreis Esslingen, gefolgt von den Landkreisen Ludwigsburg (gut 23 %) und Böblingen (knapp 22 %). In eher ländlich geprägten Kreisen mit weniger Verdichtungstendenzen wie z. B. Freudenstadt, Sigmaringen und Waldshut liegt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche unter 10 %.

Siedlungs- und Verkehrsfläche

Nutzungsart	Kreis				im Vergleich zum Land	
	2000		2006		2006	
	ha	%	ha	%	ha	%
Fläche insgesamt	106 171	100,0	106 171	100,0	3 575 154	100,0
Siedlungs- und Verkehrsfläche	19 032	17,9	19 985	18,8	493 610	13,8
Darunter						
Gebäude- und Freifläche	11 036	10,4	11 654	11,0	264 150	7,4
Betriebsfläche ohne Abbauland	178	0,2	182	0,2	4 250	0,1
Verkehrsfläche	6 695	6,3	6 941	6,5	193 347	5,4
Erholungsfläche	972	0,9	1 055	1,0	28 412	0,8
Friedhofsfläche	151	0,1	154	0,1	3 450	0,1

Natur-, Landschafts- und Wasserschutzgebiete*)

Jahr	Naturschutz- gebiete		Landschaftsschutz- gebiete		Wasserschutz- gebiete	
	Anzahl	Fläche in ha	Anzahl	Fläche in ha	Anzahl	Fläche in ha
1994	39	2 384	36	27 752	44	31 127
1996	42	2 523	37	27 826	45	31 525
1998	47	2 904	39	33 990	45	31 967
2000	47	2 904	39	33 920	.	.
2002	47	2 904	40	41 028	48	33 270
2004	47	2 943	39	38 726	54	31 971
2006	47	2 943	40	40 965	54	32 708

Bevölkerung

Die Einwohnerzahl und die Struktur der Bevölkerung haben maßgeblichen Einfluss auf die Kreis- und Kommunalpolitik, unter anderem bei der Planung von Entsorgungsanlagen, im Bereich des Gesundheitswesens und des öffentlichen Personennahverkehrs. Allein seit 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung Deutschlands, hat sich die Bevölkerungszahl Baden-Württembergs um 9 % auf gut 10,7 Mill. erhöht. Der Zuwachs im Land beruhte insbesondere auf Zuwanderungen, in geringem Umfang auf einem Geburtenüberschuss. 2006 folgt das Land Baden-Württemberg der Entwicklung der anderen Bundesländer – die Zahl der Geborenen unterschritt seit 1983 erstmals wieder die der Gestorbenen. Bis zum Jahr 2025 wird die Gesamtbevölkerung voraussichtlich um ein Prozent abnehmen. Nur noch 13 der 44 Kreise verzeichnen nach der aktuellen Vorausschätzung eine Zunahme der Bevölkerung gegenüber heute – am deutlichsten mit 2,8 % der Landkreis Heilbronn.

Die Einwohner Baden-Württembergs waren Ende 2006 durchschnittlich 41,7 Jahre alt. 1970 lag das Durchschnittsalter noch bei 34,9 Jahren. Für die Landkreise reicht die Spannweite von 39,8 Jahren im Landkreis Tübingen bis 42,6 Jahren im Schwarzwald-Baar-Kreis. Frauen sind in allen Landkreisen geringfügig in der Überzahl. Ihr Anteil schwankt zwischen 51,5 % (Landkreis Konstanz) und 50,1 % (Alb-Donau-Kreis und Neckar-Odenwald-Kreis).

Bevölkerungsentwicklung seit 1871*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	127 523	48,3	51,7	121	1990	488 017	48,8	51,2	4 597
1890	142 470	48,7	51,3	135	1995	512 445	48,9	51,1	4 826
1900	158 646	49,3	50,7	150	1997	517 518	48,9	51,1	4 874
1910	180 838	49,4	50,6	171	1999	521 954	48,9	51,1	4 916
1925	200 121	48,7	51,3	190	2001	527 796	48,9	51,1	497
1933	213 732	49,0	51,0	202	2003	531 649	48,8	51,2	501
1939	215 654	48,1	51,9	204	2004	532 788	48,8	51,2	502
1950	299 186	47,0	53,0	283	2005	533 993	48,8	51,2	503
1961	338 012	47,7	52,3	318	2006	534 220	48,8	51,2	503
1970	413 110	48,6	51,4	388	2015	535 495	49,0	51,0	504
1987	465 342	48,5	51,5	438	2025	528 455	48,9	51,1	498

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen					Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)					
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner					
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt			je 1 000 Einwohner								
									Anzahl							
1998	5 310	4 858	+	452	+	1	38 372	36 755	+	1 617	+	3	+	2 069	+	4
1999	5 024	4 781	+	243		0	37 589	35 465	+	2 124	+	4	+	2 367	+	5
2000	5 159	4 702	+	457	+	1	37 187	35 570	+	1 617	+	3	+	2 074	+	4
2001	4 763	4 698	+	65		0	36 885	33 182	+	3 703	+	7	+	3 768	+	7
2002	4 765	4 749	+	16		0	35 697	32 896	+	2 801	+	5	+	2 817	+	5
2003	4 655	4 939	-	284	-	1	34 883	33 539	+	1 344	+	3	+	1 060	+	2
2004	4 593	4 741	-	148		0	33 986	32 693	+	1 293	+	2	+	1 145	+	2
2005	4 405	4 684	-	279	-	1	34 719	33 224	+	1 495	+	3	+	1 216	+	2
2006	4 467	4 816	-	349	-	1	33 493	32 907	+	586	+	1	+	237		0

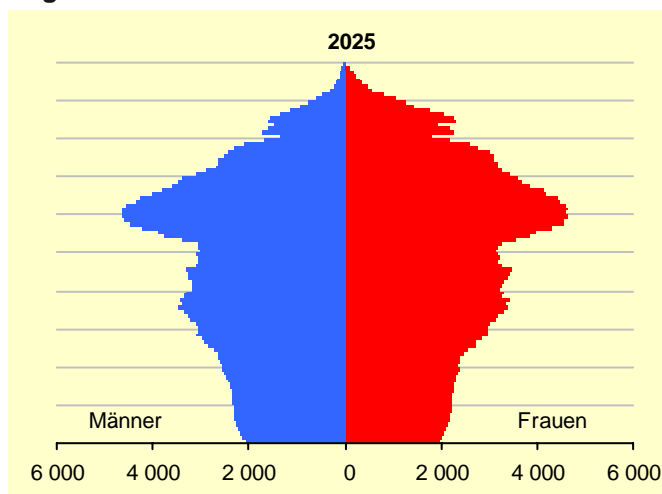
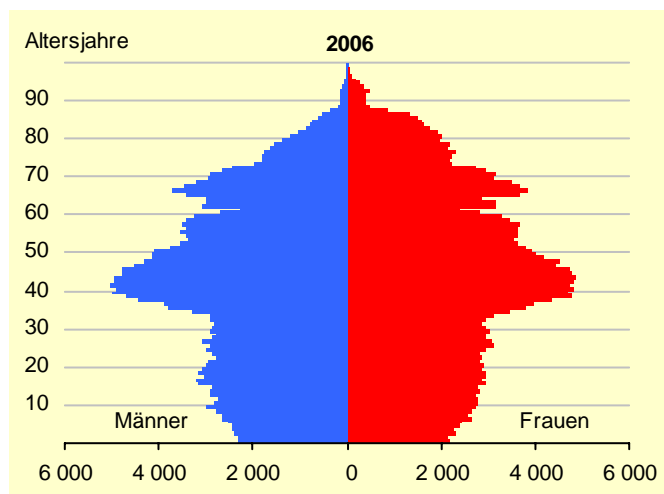
Bevölkerungsstruktur 2006

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Und zwar							
			männlich		weiblich		Deutsche		Ausländer	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 3	13 671	3	7 026	3	6 645	2	12 984	3	687	0
3 - 6	14 553	3	7 417	3	7 136	3	13 674	3	879	2
6 - 15	49 843	9	25 319	10	24 524	9	44 853	9	4 990	10
15 - 18	18 141	3	9 372	4	8 769	3	16 103	3	2 038	4
18 - 25	40 996	8	20 790	8	20 206	7	36 005	7	4 991	10
25 - 40	103 143	19	51 123	20	52 020	19	85 995	18	17 148	33
40 - 65	192 039	36	95 658	37	96 381	35	174 982	36	17 057	33
65 - 75	59 492	11	28 467	11	31 025	11	56 453	12	3 039	6
75 und mehr	42 342	8	15 440	6	26 902	10	40 837	8	1 505	3
Insgesamt	534 220	100	260 612	100	273 608	100	481 886	100	52 334	100
Durchschnittsalter in Jahren										
	42,4		41,2		43,6		.	X	.	X

Zum Vergleich: Bevölkerungsstruktur 1990

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Und zwar							
			männlich		weiblich		Deutsche		Ausländer	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 3	16 817	3	8 742	4	8 075	3	14 653	3	2 164	5
3 - 6	15 836	3	8 156	3	7 680	3	13 932	3	1 904	5
6 - 15	43 845	9	22 492	9	21 353	9	38 300	9	5 545	13
15 - 18	13 451	3	6 965	3	6 486	3	11 353	3	2 098	5
18 - 25	50 085	10	25 739	11	24 346	10	44 378	10	5 707	13
25 - 40	119 647	25	60 756	26	58 891	24	107 737	24	11 910	28
40 - 65	160 541	33	81 002	34	79 539	32	148 695	33	11 846	28
65 - 75	37 241	8	14 757	6	22 484	9	36 444	8	797	2
75 und mehr	30 554	6	9 416	4	21 138	8	30 240	7	314	1
Insgesamt	488 017	100	238 025	100	249 992	100	445 732	100	42 285	100
Durchschnittsalter in Jahren										
	39,1		37,3		40,8		.	X	.	X

Aktuelle und zu erwartende Altersstruktur der Bevölkerung



Bildung

Mit einem nahezu flächendeckenden Angebot an öffentlichen Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien hat sich Baden-Württemberg für die Beibehaltung des traditionellen dreigliedrigen Schulsystems entschieden. Zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler gibt es ein differenziertes Sonderschulwesen mit der Möglichkeit, die Abschlüsse der allgemeinbildenden Schulen zu erreichen. An den Berufsschulen des Landes sowie in den Ausbildungsbetrieben findet die Ausbildung im dualen System statt. An weiteren Schularten können neben den beruflichen auch allgemein bildende Abschlüsse erworben werden. Landesweit bestehen derzeit 680 Privatschulen, darunter auch Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs, private berufliche Schulen sowie die freien Waldorfschulen und private Sonderschulen.

Nach einem Rückgang der Schülerzahlen in Baden-Württemberg in den 80er-Jahren, war seit den 90er-Jahren wieder ein Anstieg zu beobachten. Im Schuljahr 2006/07 ging die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen auf insgesamt 1,297 Mill zurück. Die derzeitigen Vorausrechnungen gehen davon aus, dass die Schülerzahlen ab dem Schuljahr 2007/08 kontinuierlich sinken werden. Bis 2025/26 wird die Anzahl der Schüler voraussichtlich um ca. ein Viertel zurückgehen.

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2006/07

Schularten	Schulen ¹⁾ ins- gesamt	Schüler ins- gesamt ²⁾	Öffentliche Schulen			
			Schüler zusammen	und zwar		Schüler je Klasse ³⁾
				weiblich	aus- ländisch	
Anzahl		Anzahl	%		Anzahl	
Grundschulen	113	21 626	21 514	49	12	23
Hauptschulen	51	7 689	7 689	46	25	20
Sonderschulen	19	2 462	1 778	.	.	8
Realschulen	17	9 935	9 841	49	8	28
Gymnasien	19	15 602	14 742	.	.	28
Freie Waldorfschulen	–	–
Andere Schularten ⁴⁾	–	–	–	.	.	–
Insgesamt	219	57 314	55 564	.	.	X

Berufliche Schulen im Schuljahr 2006/07

Schularten	Schulen ⁵⁾	Klassen ⁶⁾	Schüler	Und zwar	
				weiblich	ausländisch
				%	
Berufsschulen ⁷⁾	12	249	3 885	26	7
Berufsvorbereitungsjahr	8	31	566	45	30
Berufsfachschulen	19	143	2 770	49	19
Berufskollegs	12	68	1 782	61	13
Berufsoberschulen	–	–	–	–	–
Fachschulen	6	14	275	20	6
Berufliche Gymnasien	7	X	1 732	49	7
Schulen für Berufe des Gesundheitswesens	5	15	249	84	4
Insgesamt	25	520	11 259	43	12

Wahlen

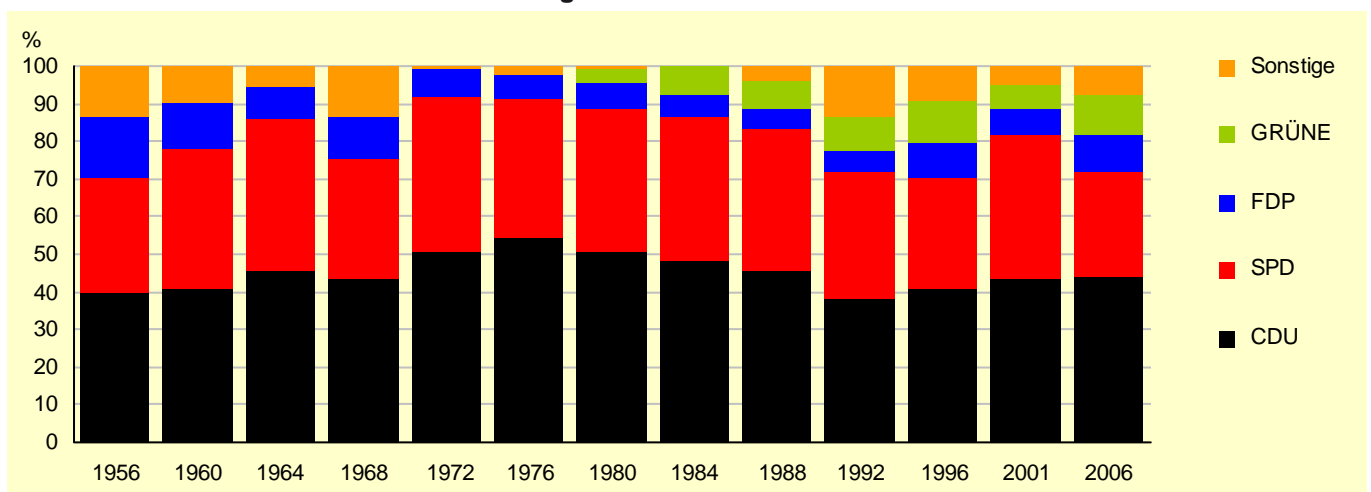
Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Hierbei gibt es durchaus regionale Besonderheiten des Wahlverhaltens im deutschen Südwesten. Seit Bestehen des Landes prägt die CDU das politische Bild Baden-Württembergs. Mit der Landtagswahl 2006 hielt sie mit 44,2 % der Wählerstimmen ihr hohes Niveau und ihre Stellung als stärkste Partei im Land. Die SPD konnte nicht an den Wahlerfolg von 2001 anknüpfen. Sie erreichte mit 25,2 % ihr zweitniedrigstes Ergebnis bei einer Landtagswahl. Die FDP erlangte in ihrem „Stammland“ erstmals seit 1968 wieder ein zweistelliges Wahlergebnis, gaben jedoch den 2001 errungenen Platz als drittstärkste politische Kraft in Baden-Württemberg an die GRÜNEN ab. Deren Stimmenanteil lag mit 11,7 % um einen Prozentpunkt höher. Insgesamt gehören dem 14. Landtag von Baden-Württemberg 139 Abgeordnete an.

Die seit Anfang der 70er-Jahre bei Wahlen zu beobachtende allgemein rückläufige Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg setzte sich bei der Landtagswahl 2006 nicht nur fort – sie erreichte einen historischen Tiefpunkt, denn mit 53,4 % war es die niedrigste Quote bei einer Landtagswahl seit Bestehen des Landes. Inwieweit das Wahlverhalten in Ihrem Kreis dem hier aufgezeigten Landestrend entspricht, können Sie den folgenden Darstellungen entnehmen.

Wahlergebnisse

Wahl	Wahl-berechtigte	Wähler	Wahl-beteiligung	Stimmenanteile ¹⁾				
				CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
				% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte				
Landtagswahl 2006	388 587	209 533	53,9	44,7	27,6	10,3	9,9	7,5
Landtagswahl 2001	378 966	239 980	63,3	44,2	37,4	6,6	7,2	4,7
Veränderung	+ 9 621	- 30 447	- 9,4	+ 0,5	- 9,7	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,8
Bundestagswahl 2005	389 469	317 844	81,6	37,7	32,1	9,9	12,2	8,0
Bundestagswahl 2002	384 739	321 410	83,5	41,0	35,8	11,1	8,0	4,1
Veränderung	+ 4 730	- 3 566	- 1,9	- 3,3	- 3,7	- 1,2	+ 4,2	+ 4,0
Europawahl 2004	387 787	219 676	56,6	45,4	23,0	13,6	7,0	11,0
Europawahl 1999	376 349	166 474	44,2	51,0	29,6	8,3	4,4	6,6
Veränderung	+ 11 438	+ 53 202	+ 12,4	- 5,6	- 6,7	+ 5,2	+ 2,6	+ 4,4

Stimmenanteile der Parteien bei den Landtagswahlen



Wohnen

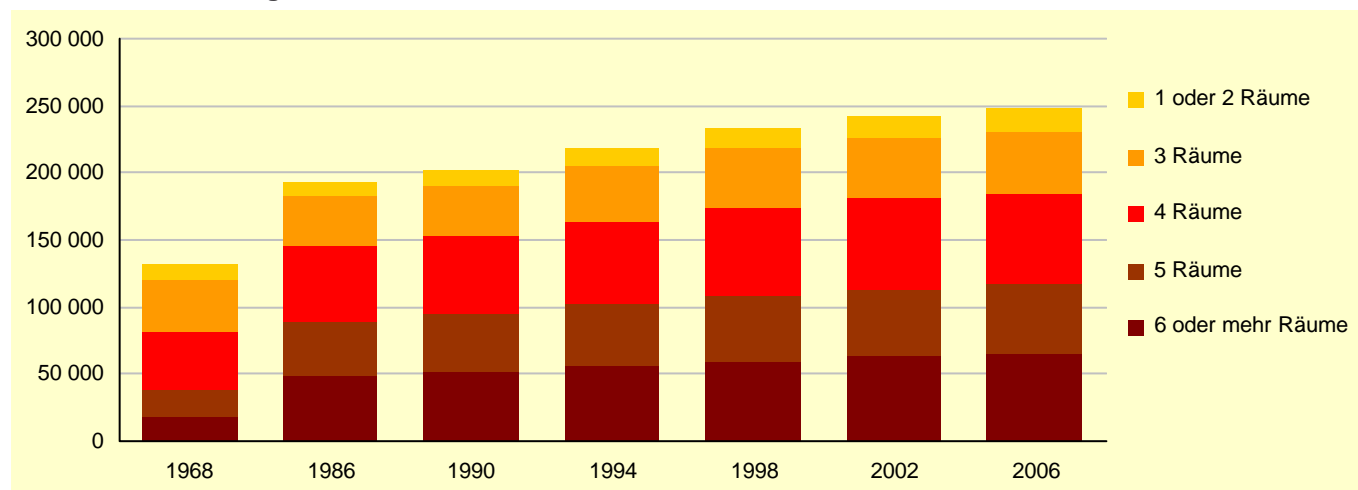
Der Wohnungsbestand Baden-Württembergs hat sich in den letzten vier Jahrzehnten mehr als verdoppelt: 1961 gab es 2,3 Mill. Wohnungen, Ende 2006 waren es bereits 4,9 Mill. Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Ursachen für diesen Anstieg sind im enormen Bevölkerungszuwachs sowie im Wiederaufbau der zerstörten Gebäude nach dem 2. Weltkrieg, im anhaltenden Trend zu kleineren Haushalten und nicht zuletzt in der stetigen Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse zu sehen. So lag die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner noch Mitte der 80er-Jahre bei 36 m², zuletzt waren es fast 42 m².

Ende 2006 gab es landesweit rund 58 % Einfamilienhäuser, 24 % Zweifamilienhäuser und knapp 18 % Mehrfamilienhäuser. Dabei variiert die Gebäudestruktur je nach Landkreis erheblich. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Bereichen des Landes höher als in verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Der Anteil an Einfamilienhäusern in den Landkreisen reicht von 52 % im Rems-Murr-Kreis bis zu 77 % im Zollernalbkreis; Stadtkreise wurden hier nicht berücksichtigt. Auch im Landkreis Biberach liegt der Einfamilienhausanteil über 70 %. Beim Vergleich der Landkreise hinsichtlich der Mehrfamilienhäuser verzeichnet Konstanz hingegen mit 23 % den größten Anteil.

Wohngebäude und Wohnungen

Jahr ¹⁾	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ²⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1961	54 411	20 735	38	20 335	37	8 837	16	105 202	325	.
1968	67 353	28 503	42	24 675	37	10 359	15	131 788	305	23
1986	100 031	55 648	56	29 188	29	15 195	15	193 384	243	38
1990	104 936	58 900	56	30 244	29	15 792	15	202 302	241	39
1995	111 188	61 598	55	31 719	29	17 871	16	221 812	231	41
2000	117 104	64 927	55	32 816	28	19 361	17	237 002	221	43
2003	120 110	67 127	56	33 205	28	19 778	16	242 429	219	43
2004	121 157	67 951	56	33 313	27	19 893	16	244 012	218	44
2005	122 168	68 733	56	33 449	27	19 986	16	245 510	218	44
2006	123 508	69 877	57	33 544	27	20 087	16	247 393	216	44

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



Tourismus

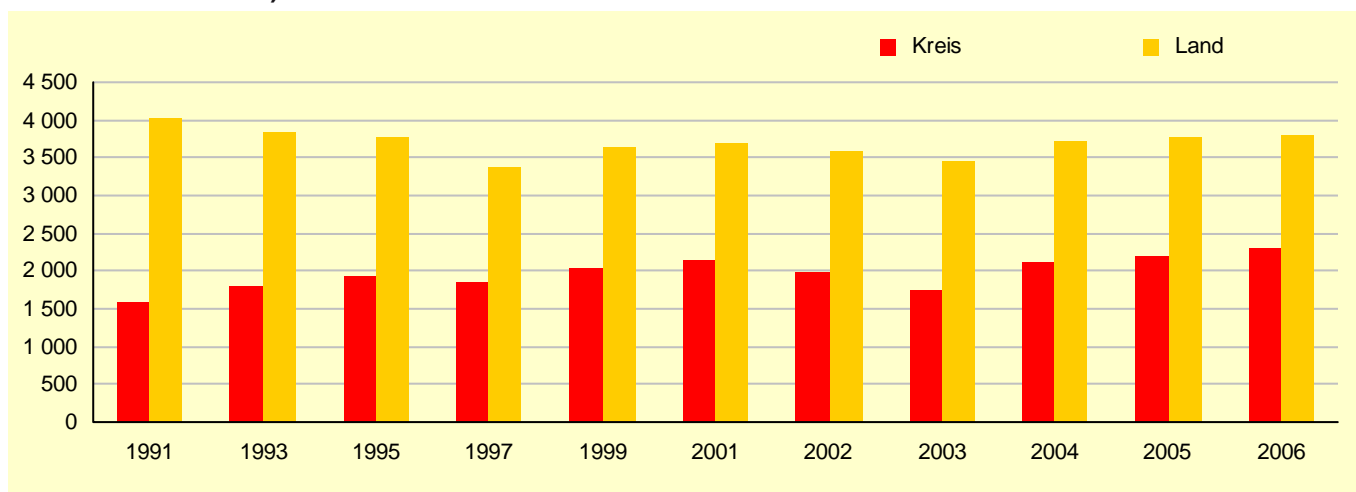
Der Tourismus in Baden-Württemberg wird – wie in Deutschland insgesamt – eindeutig von Inlandsgästen dominiert. Sowohl bei den 15 Mill. Ankünften als auch bei den 41 Mill. Übernachtungen waren sie mit rund 80 % die stärkste Gruppe. Gegenüber 2005 kamen im vergangenen Jahr gut 430 000 mehr Gäste ins „Ländle“, wobei dieser Zuwachs insbesondere den Auslandsgästen zuzuschreiben ist. Unter den Landkreisen konnte der Ortenaukreis den höchsten Anteil an Besuchern aus dem Ausland vorweisen (27,7 %). Viele der ausländischen Besucher kamen vor allem aus der Schweiz, den Niederlanden, den USA, Großbritannien oder Frankreich. Die landesweite durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste betrug 2,7 Tage.

Baden-Württemberg bietet seinen Gästen ein abwechslungsreiches Programm aus Natur, historischen Städten und kulturellen Ereignissen, nicht zu vergessen den Wein und die gute Küche. Naturräume wie der Bodensee, die Schwäbische Alb und der Schwarzwald erfreuen sich dabei nach wie vor großer Beliebtheit. So war die Tourismusintensität im Jahr 2006 (Gästeübernachtungen je 1 000 Einwohner) im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald mit 17 028 Übernachtungen je 1 000 Einwohner am höchsten, gefolgt vom Landkreis Freudenstadt mit 14 052 Übernachtungen. Landesweit waren es 3 805 Gästeübernachtungen je 1 000 Einwohner.

Beherbergung im Reiseverkehr

Jahr	Betriebe ¹⁾	Schlaf- gelegenheiten	Ankünfte		Übernachtungen		Durchschnittliche	
			insgesamt	Ausländer ²⁾	insgesamt	Ausländer ²⁾	Aufenthalts- dauer	Auslastung Schlafgelegh.
			Anzahl					
1985	175	5 820	344 565	119 682	640 579	180 618	1,9	30,7
1990	144	5 439	402 577	126 803	762 057	192 304	1,9	38,9
1995	189	8 291	539 278	128 423	981 915	207 045	1,8	33,3
2000	196	8 798	590 804	169 539	1 103 170	280 479	1,9	35,4
2001	193	8 359	598 580	145 794	1 129 094	250 249	1,9	37,2
2002	196	8 573	564 831	135 477	1 050 449	222 431	1,9	34,6
2003	187	8 510	502 907	123 683	925 922	214 646	1,8	30,5
2004	216	13 320	598 492	155 074	1 129 605	280 998	1,9	25,7
2005	208	13 746	612 734	154 711	1 177 934	282 698	1,9	26,2
2006	207	13 706	641 273	173 568	1 223 894	329 036	1,9	26,9

Tourismusintensität*)



Landwirtschaft

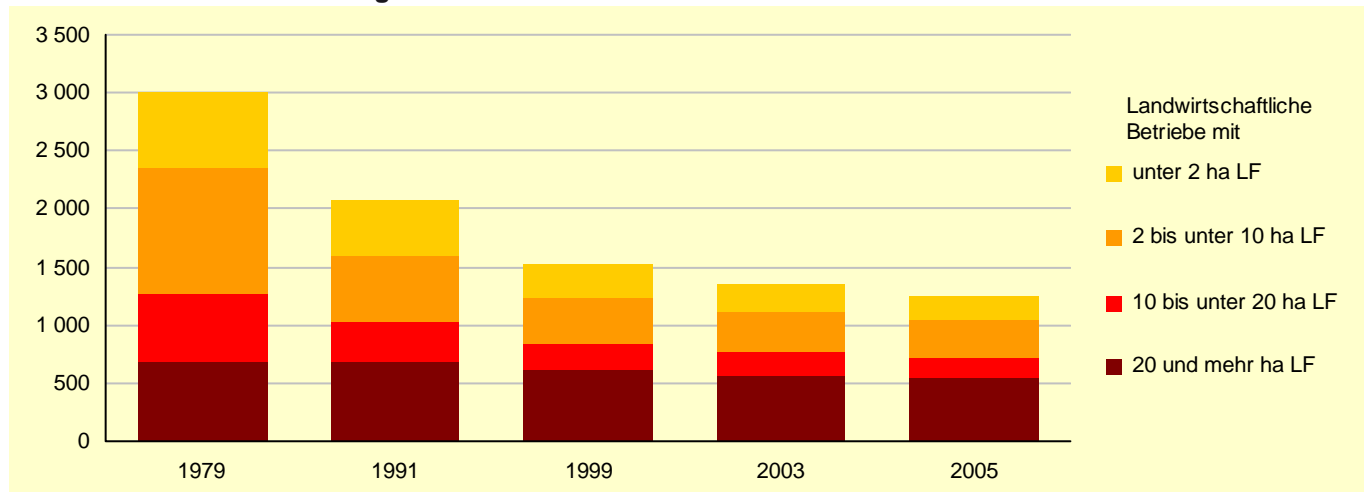
Die tief greifenden Strukturveränderungen in der Landwirtschaft seit dem Ende des 2. Weltkrieges haben in Baden-Württemberg zu einem deutlichen Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe geführt. Waren es 1980 noch knapp 147 000 landwirtschaftliche Betriebe, so sind 2005 mit fast 61 000 weit weniger als die Hälfte übrig geblieben. Die Existenz der Betriebe war und ist weniger von der Qualität der Böden, als von der Ausstattung mit Kapital und nicht zuletzt von der Agrarpolitik der Europäischen Union bestimmt. Im Zuge des Strukturwandels hat die Betriebsgröße landesweit stark zugenommen. Die Landwirte bewirtschafteten 2005 durchschnittlich 24 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF). 1980 lag die Größe der Betriebe im Landesdurchschnitt nur bei 10 ha. Charakteristisch für die Landwirtschaft des Landes bleibt trotzdem weiterhin die große Anzahl von Kleinbetrieben.

Im Jahr 2005 waren von den landesweit knapp 14 500 km² landwirtschaftlich genutzter Fläche 58 % Ackerland, 39 % Dauergrünland, und 3 % Dauerkulturen, beispielsweise Rebland und Obstanbauflächen. Zahlreiche Sonderkulturen wie Tabak, Hopfen oder Spargel bereichern die vielfältige Landwirtschaft Baden-Württembergs. In einigen Landesteilen ist die Agrarproduktion besonders durch Tierzucht und Tierhaltung geprägt. So werden zum Beispiel die Landkreise Ravensburg und Biberach als „Milchhochburgen“ angesehen.

Landwirtschaft*)

Jahr ¹⁾	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Darunter			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
		Haupterwerbsbetriebe		Ackerland	Dauergrünland	Dauerkulturen		Rinder		Schweine	
	Anzahl	ha	%				insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter	
								Anzahl			
1979	3 002	1 370	38 107	80	17	3	13	34 824	27	52 194	32
1987	2 428	1 118	36 813	81	16	3	15	32 398	35	53 720	50
1991	2 084	930	36 574	81	16	3	18	27 213	39	44 747	63
1995	1 780	702	36 975	80	16	3	21	22 532	43	38 431	75
1999	1 534	622	38 754	79	18	3	25	19 550	46	37 449	111
2001	1 501	.	38 669	78	18	3	26	17 331	46	36 434	129
2003	1 358	528	38 451	78	19	3	28	15 497	50	33 438	132
2005	1 251	.	38 588	78	19	3	31

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



Beschäftigte und Arbeitsmarkt

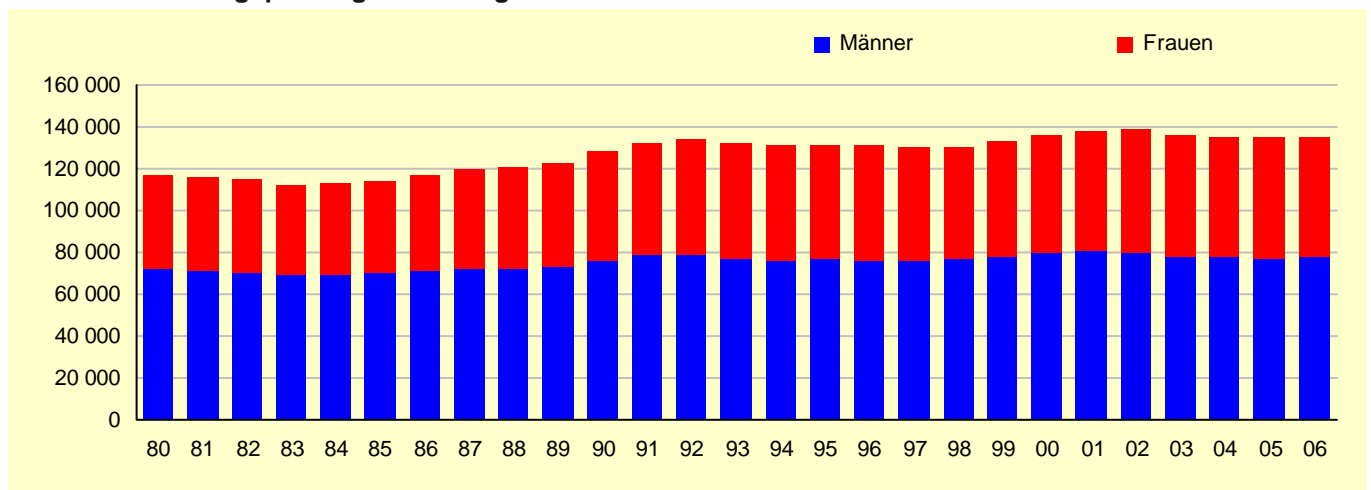
Der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land wurde 2006 im Zuge der besseren konjunkturellen Lage gestoppt. Gegenüber 2005 stieg die Zahl um 0,7 % auf gut 3,74 Mill. Beschäftigte an. Die Zunahme betraf jedoch nicht alle Wirtschaftssektoren. Das Produzierende Gewerbe verzeichnete gar einen weiteren Rückgang um 1 % auf 1,53 Mill. Der Beschäftigtenanteil dieses Sektors lag zuletzt bei 41 %. Der Dienstleistungsbereich legte insgesamt um 1,9 % zu und erreichte den Stand von rund 2,18 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Anteil des Dienstleistungsbereiches an den Beschäftigten insgesamt betrug rund 58 %. Im Landesschnitt kamen 2006 auf 1 000 Einwohner 348 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, im Vorjahr waren es 346 je 1 000 Einwohner.

Knapp 44 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg waren 2006 Frauen. Dabei reichte die Spannweite der einzelnen Landkreise von 36 % im Landkreis Böblingen bis zu 53 % im Landkreis Tübingen. Für die unterschiedlichen Anteile der Frauen gibt es verschiedene Gründe, u. a. die regionale Branchenstruktur sowie die regional unterschiedliche Bevölkerungs- und Familienstruktur und deren Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung der Frauen. Die Zahl der Arbeitslosen ging 2006 gegenüber dem Vorjahr um rund 9 % auf knapp 349 000 zurück.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose*)

Jahr (30.6.)	Beschäftigte ¹⁾		Und zwar ²⁾					Arbeits- lose insgesamt	Und zwar			
	ins- gesamt	je 1 000 Ein- wohner	Frauen	Aus- länder	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Gast- gewerbe, Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen		Frauen	Aus- länder	Langzeit- arbeits- lose ³⁾	unter 25 Jahre
1990	128 199	265	40	10	58	16	25
1995	131 590	258	42	12	50	17	31
2000	136 242	261	41	10	42	22	35	15 581	48	19	38	10
2001	138 092	263	42	10	42	22	35	14 672	48	20	34	11
2002	138 771	262	42	10	40	22	37	15 681	46	20	29	12
2003	136 035	256	42	10	39	22	38	17 196	45	19	29	13
2004	135 367	255	42	10	39	22	39	17 666	45	19	31	12
2005	134 905	253	43	10	38	22	39	19 434	48	20	33	12
2006	135 500	254	43	10	38	22	40	17 275	49	20	41	10

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



Branchenstruktur

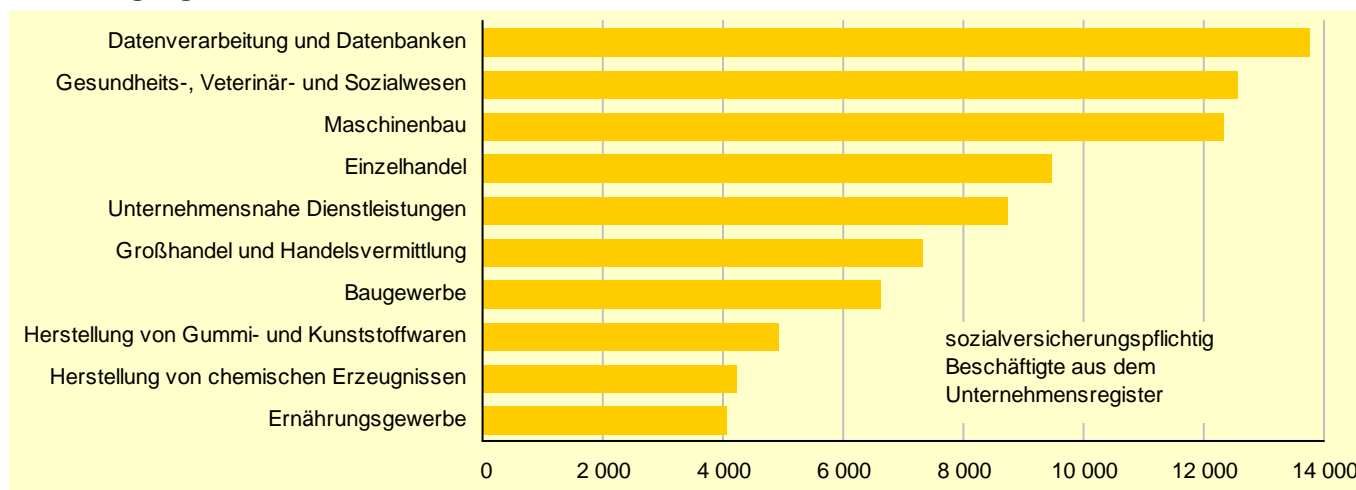
Die beschäftigungsintensivste Branche Baden-Württembergs ist das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (kurz Gesundheitswesen) mit über 398 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, gefolgt vom Maschinenbau mit rund 282 000 Beschäftigten. An dritter Stelle stehen landesweit die sogenannten unternehmensnahen Dienstleistungen, zu denen z. B. die Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Ingenieurbüros und Softwarehäuser gehören, mit rund 275 000 Beschäftigten. Auf Rang vier folgt der Einzelhandel mit knapp 255 000 Beschäftigten, an fünfter Stelle die Herstellung von Kraftfahrzeugen und -teilen mit 242 000 Beschäftigten.

In allen 35 Landkreisen rangiert das Gesundheitswesen unter den jeweils zehn beschäftigungsintensivsten Branchen mindestens auf Platz fünf, davon in 16 Landkreisen auf Platz eins, darunter im Ortenaukreis, in Ravensburg und in Tübingen. Der Maschinenbau stellt in 10 Landkreisen die führende Branche, allen voran in Esslingen, gefolgt vom Rems-Murr-Kreis und im Landkreis Biberach. Diese Branche ist ebenfalls in allen Landkreisen unter den jeweils ersten zehn vertreten mit Ausnahme von Rastatt. Die Herstellung von Kraftfahrzeugen bestimmt den wirtschaftlichen Schwerpunkt immerhin noch von 4 Landkreisen, darunter Böblingen und Heilbronn. Diese Branche war in 16 der Landkreise unter den ersten zehn vertreten.

Branchen im Kreis*)

Wirtschaftsabteilung (Branche)	Anzahl der Betriebe ¹⁾ im Kreis		
	insgesamt	ohne	mit
		sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	
Unternehmensnahe Dienstleistungen	3 700	2 373	1 327
Einzelhandel, Reparatur von Gebrauchsgütern	3 113	1 576	1 537
Grundstücks- und Wohnungswesen	2 323	2 054	269
Baugewerbe	2 146	846	1 300
Gastgewerbe	1 651	844	807
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1 538	194	1 344
Handelsvermittlung und Großhandel	1 474	718	756
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1 272	841	431
Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	756	296	460
Kultur, Sport und Unterhaltung	670	511	159
Kreis insgesamt	23 815	12 256	11 559

Beschäftigungsintensivste Branchen im Kreis



Wirtschaft

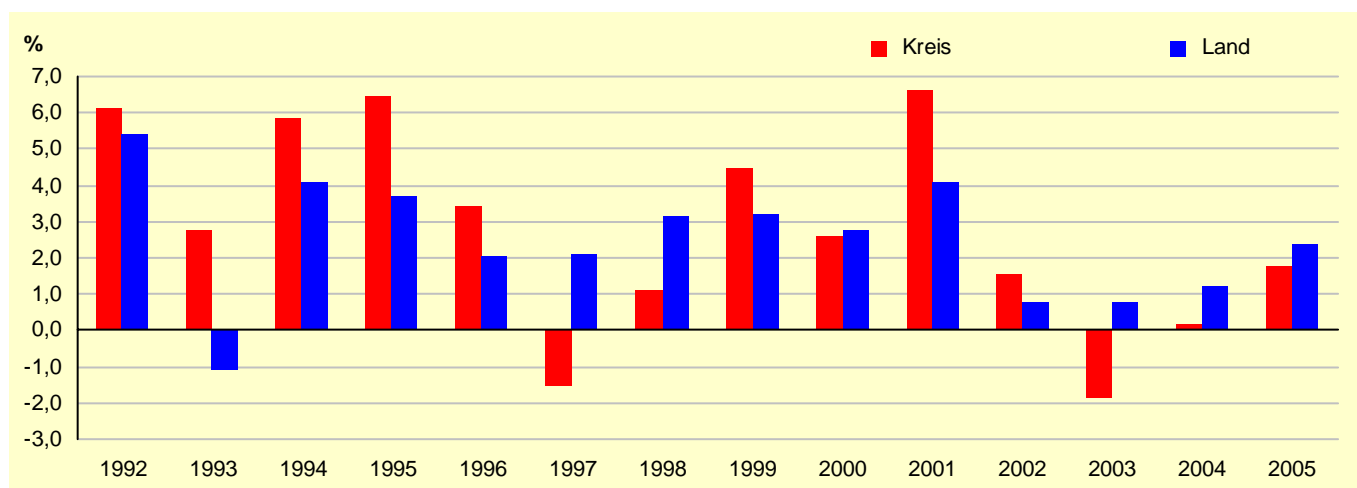
Die Bruttowertschöpfung und das Bruttoinlandsprodukt basieren auf den von den Statistischen Landesämtern erarbeiteten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und sind ein Maß für die erbrachten gesamtwirtschaftlichen Leistungen eines Wirtschaftsraums. Mit Hilfe der Bruttowertschöpfung wird die Wirtschaftsstruktur dargestellt. So konnte – ganz dem europa- und deutschlandweiten Trend folgend – auch in Baden-Württemberg der Dienstleistungssektor seinen Anteil kontinuierlich ausbauen. Rund 61 % der gesamtwirtschaftlichen Leistungen entfielen auf diesen Bereich. Mit einem Anteil von 38 % an der Bruttowertschöpfung insgesamt hat das Produzierende Gewerbe in Baden-Württemberg den höchsten Anteil aller Bundesländer. Der primäre Sektor, bestehend aus der Fischerei und Forstwirtschaft sowie insbesondere der Landwirtschaft, kann dagegen nur noch einen Anteil von weniger als 1 % an der Bruttowertschöpfung vorweisen.

Das Bruttoinlandsprodukt und damit die Wirtschaftsleistung betrug 2005 in Baden-Württemberg 325,9 Mrd. Euro. Gegenüber 2004 bedeutet dies ein Wirtschaftswachstum von + 2,4 % (nominal). Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrug 30 377 Euro. Oft wird dieser Indikator als erster, wenn auch grober Hinweis auf den Wohlstand einer Bevölkerung angesehen. Er dient auch zur Beschreibung der wirtschaftlichen Leistungskraft und der Wettbewerbsfähigkeit einer Region.

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung*)

Jahr	Bruttoinlandsprodukt		Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen						
	zu Marktpreisen	je Einwohner	insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungs-bereiche	
	1 000 EUR	EUR		1 000 EUR	%	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%
1991	8 444 855	17 180	7 657 631	100 244	1,3	3 149 466	41,1	4 407 921	57,6
1993	9 210 958	18 203	8 334 966	91 166	1,1	3 022 824	36,3	5 220 976	62,6
1995	10 379 753	20 319	9 387 290	85 011	0,9	3 344 442	35,6	5 957 837	63,5
1997	10 574 621	20 472	9 576 988	90 680	0,9	3 520 708	36,8	5 965 600	62,3
1999	11 171 775	21 452	10 051 655	85 436	0,8	3 448 610	34,3	6 517 609	64,8
2001	12 220 483	23 246	11 013 737	88 578	0,8	3 628 184	32,9	7 296 974	66,3
2003	12 179 165	22 936	10 971 166	76 627	0,7	3 399 821	31,0	7 494 718	68,3
2004	12 203 636	22 942	11 026 012	83 690	0,8	3 217 302	29,2	7 725 020	70,1
2005	12 417 824	23 287	11 206 906	69 877	0,6	3 261 695	29,1	7 875 333	70,3

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr



Einkommen

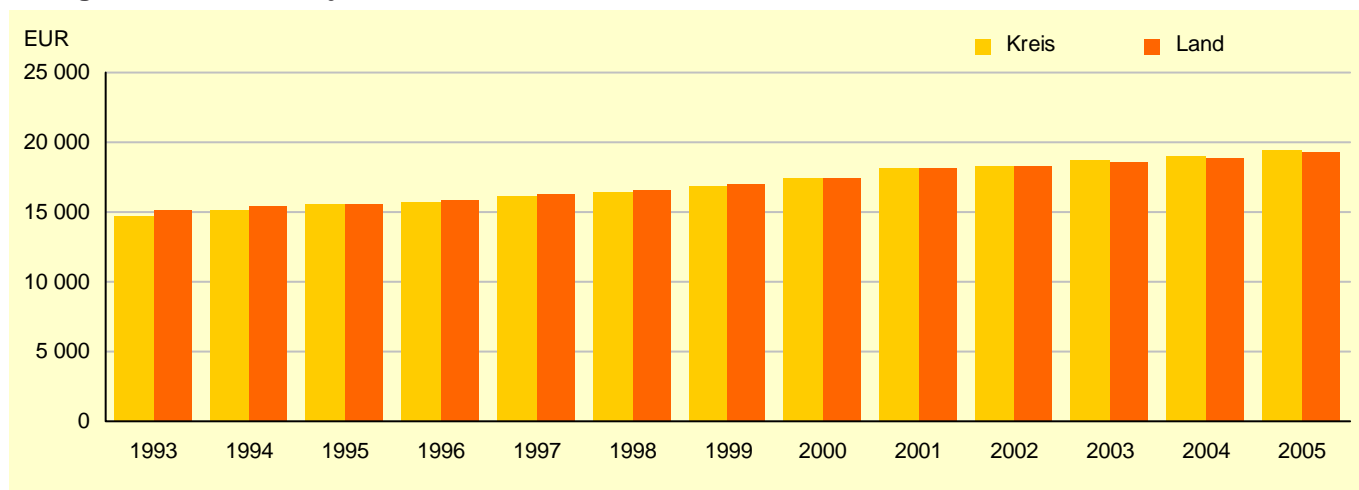
Im Jahr 2005 betrug der Bruttoverdienst je Arbeitnehmer in Baden-Württemberg im Schnitt 28 569 Euro. Das Verdienstniveau ist im Südwesten gemessen an den anderen Bundesländern relativ hoch. Grund dafür sind vor allem überdurchschnittlich gute Verdienstmöglichkeiten in den hiesigen Schlüsselbranchen des Produzierenden Gewerbes. Dessen Anteil an den Bruttolöhnen und -gehältern liegt bei 44 %, deutschlandweit sind es „nur“ 34 %. Die Dienstleistungen tragen den größten Anteil an den Bruttoverdiensten. Die Bruttolöhne und -gehälter entstehen im Rahmen wirtschaftlicher Aktivitäten und werden daher am Arbeitsort der Beschäftigten nachgewiesen.

Das Primäreinkommen der privaten Haushalte im Land, das an deren Wohnort nachgewiesen wird, betrug 2005 rund 247 Mrd. Euro. Neben dem Arbeitnehmerentgelt (Bruttolöhne und -gehälter einschließlich Arbeitgeberanteile), das etwa zwei Drittel des Primäreinkommens ausmacht, zählen hierzu ebenfalls Einkünfte aus der Selbstständigkeit und dem Vermögen. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte – das Geld, das für Konsumzwecke oder Sparen zur freien Verfügung steht – betrug 2005 knapp 207 Mrd. Euro. Je Einwohner sind dies rund 19 261 Euro. Das verfügbare Einkommen erlaubt einen aussagekräftigen Vergleich des Wohlstandes, da sämtliche Einkommensbestandteile, die den privaten Haushalten zu- und von ihnen abfließen, berücksichtigt werden.

Bruttolöhne und -gehälter, Einkommen der privaten Haushalte*)

Jahr	Im Kreis erwirtschaftete Bruttolöhne und -gehälter				Im Kreis empfangenes Einkommen	
	insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereiche	Primäreinkommen der privaten Haushalte	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte
Mill. EUR						
1991	3 387	21	1 864	1 502	8 775	6 851
1993	3 695	26	1 885	1 784	9 410	7 474
1995	3 914	27	1 956	1 932	10 118	7 950
1997	4 091	25	1 907	2 159	10 542	8 324
1999	4 506	24	1 996	2 485	11 252	8 775
2001	4 925	25	2 095	2 805	12 264	9 574
2003	4 984	24	1 977	2 983	12 468	9 921
2004	5 065	24	1 993	3 048	12 563	10 126
2005	5 103	24	1 988	3 091	12 765	10 336

Verfügbares Einkommen je Einwohner



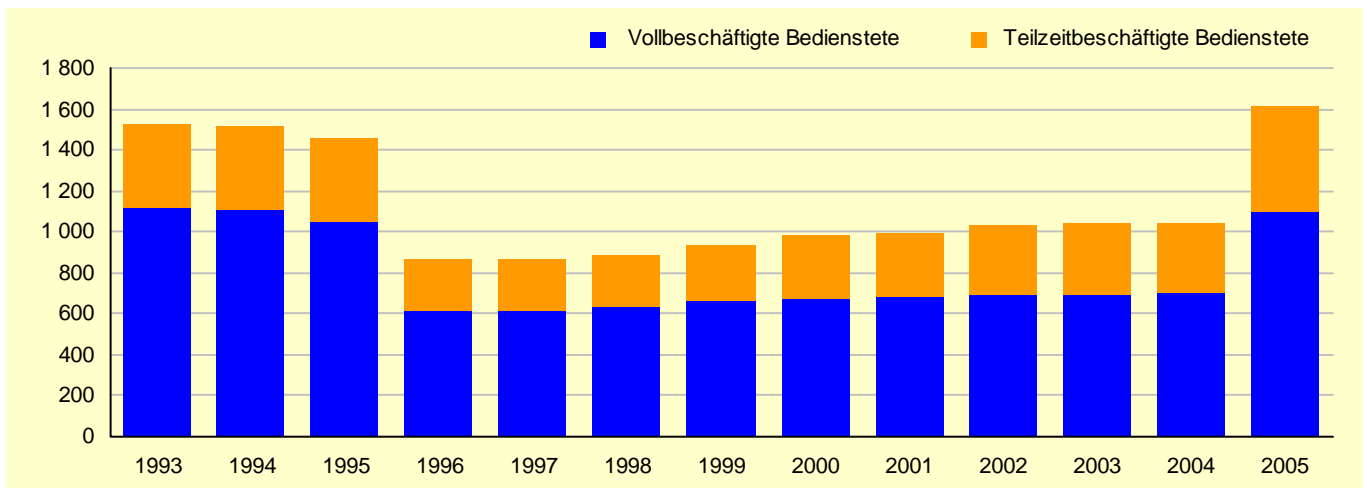
Öffentliche Finanzen und Personal

Der organisatorische Aufbau der Verwaltung ist zwar in allen Kreisen ähnlich, die Aufgabenwahrnehmung kann jedoch entsprechend der Arbeitsteilung zwischen Kreis und Gemeinden bzw. dem „Privatisierungsgrad“ der Kreisaufgaben unterschiedlich ausfallen. Dementsprechend variieren Haushaltsvolumen und Personalausstattung nicht nur nach der Größe des Kreises (gemessen z. B. an Fläche, Gemeinden- oder Einwohnerzahl). Die Zahl der Beschäftigten ist trotz des allgemeinen Stellenabbaues in der Regel nicht rückläufig, da die Teilzeitbeschäftigung zunimmt. Neben Pflicht- und Weisungsaufgaben werden freiwillige Aufgaben und verschiedene soziale Aufgaben je nach Finanzausstattung, Priorität und Infrastruktur unterschiedlich gefördert. Die Kreise verfügen, mit Ausnahme der Jagdsteuer, über keine eigenen Steuereinnahmen. Sie erhalten aber einen Anteil an der Grunderwerbssteuer vom Land sowie Zahlungen nach dem kommunalen Finanzausgleich. Die Landkreise erheben eine Kreisumlage bei den zugehörigen Gemeinden. Weitere Einnahmen sind Gebühren und Entgelte. Bei den Ausgaben schlagen insbesondere laufende Sachausgaben und soziale Leistungen zu Buche. Zum Januar 2005 ist die Verwaltungsstrukturreform in Kraft getreten, welche eine Ausweitung der Aufgaben sowie die Neustrukturierung vieler Verwaltungsbereiche und -ebenen zur Folge hatte. Abbau und Zusammenlegung, aber besonders die Eingliederung von Landesbehörden in die Landratsämter (wie Lebensmittelüberwachung, Schul- und Forstverwaltung) sollen mittelfristig zu deutlichen Einsparungen insbesondere bei den Personalausgaben führen.

Einnahmen

Jahr ¹⁾	Einnahmen insgesamt				Darunter			
	Kreis		zugehörige Gemeinden		Schlüsselzuweisungen		Kreisumlage ²⁾	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR
1993	265 698	523	983 633	1 936	17 822	35	70 505	139
1995	288 519	563	969 110	1 891	18 210	36	81 453	159
1997	279 577	540	998 981	1 930	13 154	25	87 536	169
1999	321 188	615	1 218 469	2 334	18 737	36	93 826	180
2001	315 805	598	1 146 442	2 172	8 700	16	122 822	233
2003	349 078	657	1 132 856	2 131	10 617	20	118 315	223
2004	352 480	662	1 153 817	2 166	11 078	21	132 864	249
2005	424 889	796	1 393 293	2 609	16 786	31	147 408	276
2006	387 358	725	1 001 510	1 875	27 024	51	154 335	289

Personal der Kreisverwaltung



Sozialleistungen

Die Zahl der Personen, die am 31.12.2005 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen erhielten, ist mit knapp 5 400 im Zuge der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe zum „Arbeitslosengeld II“ deutlich zurückgegangen. Es handelt sich bei den Empfängern beispielsweise um Erwerbsunfähige auf Zeit, Vorruheständler mit niedriger Rente und längerfristig Erkrankte. So entfielen 16,2 % auf Kinder und Jugendliche bis 15 Jahre, 73,4 % auf Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) und 10,4 % auf Personen im Rentenalter (ab 65 Jahre). Die Ausgaben für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt betragen 2004 noch 818 Mill. Euro und damit etwa 76 Euro je Einwohner. 2005 wurden nach den Umstellungen knapp 63 Mill. Euro an laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in Baden-Württemberg aufgewendet. Rund 68 300 Personen erhielten 2005 allgemeines Wohngeld (früher Tabellenwohngeld). Die Höhe des individuellen Anspruchs bemisst sich nach dem Einkommen, der Haushaltsgröße und den zuschussfähigen Wohnkosten. Insgesamt wurden 2005 landesweit 112 Mill. Euro (Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen) ausgegeben.

Die reinen Nettoausgaben der Kinder- und Jugendhilfe im Land beliefen sich 2005 auf 2,4 Mrd. Euro. Bezogen auf die Zahl junger Menschen unter 27 Jahren sind dies Pro-Kopf-Ausgaben von 752 Euro. Rund 55 % der Ausgaben entfallen auf Tageseinrichtungen für Kinder.

Empfänger von Sozialleistungen

Jahr	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt ¹⁾				Allgemeines Wohngeld		Erzieherische Hilfen	
	insgesamt	je 1 000 Einwohner ²⁾	Frauen	Bedarfs-gemein-schaften	insgesamt	je 1 000 Einwohner ³⁾	Erziehung außerhalb des Elternhauses	institutionelle Beratung
	Anzahl		%	Anzahl				
1996	4 175	8	57	2 127	4 854	9	483	1 409
1998	3 533	7	57	1 832	4 866	9	597	1 509
2000	5 393	10	59	2 693	4 345	8	556	1 576
2001	5 999	11	58	3 033	5 517	10	470	1 701
2002	5 636	11	57	2 882	6 101	12	560	1 729
2003	6 456	12	57	3 103	7 156	13	553	1 808
2004	6 899	13	57	3 222	6 926	13	522	1 640
2005	145	0	.	142	2 797	5	645	1 545

Ausgaben für Sozialleistungen

Jahr	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt ¹⁾		Allgemeines Wohngeld		Öffentliche Kinder- und Jugendhilfe (netto)			
	insgesamt	je Einwohner ³⁾	insgesamt	monatlicher Wohngeldanspruch je Empfänger	insgesamt	je Einwohner unter 27 Jahre	und zwar	
							Kindertages-einrichtungen	je Kind unter 13 Jahren
1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	
1996	23 844	46	4 438	77	52 211	345	36 623	502
1998	21 785	42	5 138	82	54 241	364	32 230	439
2000	19 577	37	4 615	80	59 776	400	35 908	495
2001	17 088	33	6 280	109	65 188	433	42 577	593
2002	15 834	30	8 857	111	65 431	432	40 162	565
2003	21 887	41	9 663	114	67 316	445	42 713	612
2004	22 888	43	10 015	114	78 455	520	50 187	732
2005	1 600	3	4 667	100	82 787	550	56 560	837

Ärztliche Versorgung

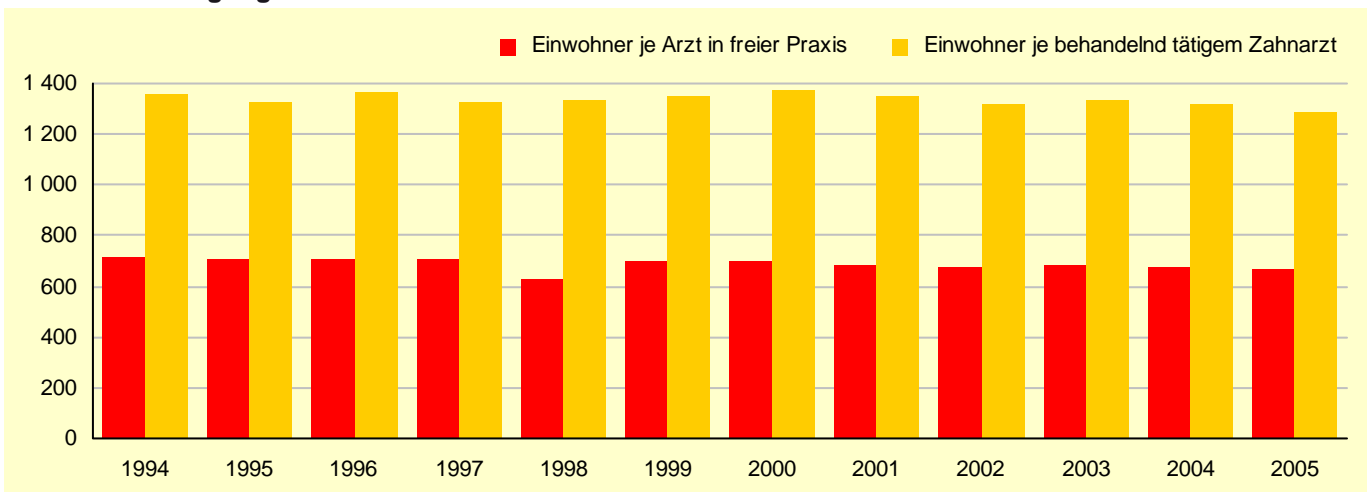
Die Zahl der Ärzte (ohne Zahnärzte) stieg in Baden-Württemberg in den letzten 40 Jahren fortlaufend an und erreichte zuletzt 2005 einen Stand von fast 39 800. Statistisch gesehen haben sich somit 270 Einwohner einen Arzt „geteilt“. Noch 25 Jahre zuvor praktizierten nur etwa halb so viele Mediziner, sodass 1980 ein Arzt noch 427 Einwohner versorgte. Knapp 42 % der Mediziner waren 2005 in freier Praxis tätig, davon 38 % als Allgemeinmediziner oder praktische Ärzte. Deren Zahl war um die Jahrtausendwende leicht rückläufig, stieg ab 2001 jedoch wieder an. Auf jeden Allgemeinmediziner in freier Praxis kamen 2005 im Landesdurchschnitt 1 691 Einwohner, wobei sich die Versorgung in Nähe der Universitätskliniken engmaschiger darstellt. So entfielen in den Kreisen rund um Freiburg weniger Einwohner auf einen Allgemeinmediziner als in anderen. Im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald waren es 1 371 und im Landkreis Emmendingen 1 438 Einwohner, dagegen versorgten die Allgemeinmediziner im Landkreis Ludwigsburg durchschnittlich 2 157 Einwohner.

Auch die Zahl der Zahnärzte stieg tendenziell, jedoch bei weitem nicht in dem Ausmaß wie die der Ärzte. In den Jahren 2001 und 2002 war die Zahl sogar leicht rückläufig. 2005 gab es mehr als 8 300 Zahnärzte, davon allein 85 % in freier Praxis.

Berufstätige Ärzte*)

Jahr	Ärzte						Behandelnd tätige Zahnärzte	
	insgesamt	darunter					insgesamt	darunter in freier Praxis
		im Krankenhaus	in freier Praxis insgesamt	darunter				
				Internisten	Frauenärzte	Kinderärzte		
Anzahl								
1998	1 239	357	832	110	54	52	389	.
1999	1 246	354	745	106	53	44	385	.
2000	1 246	354	745	106	53	44	381	348
2001	1 313	379	772	114	57	48	391	351
2002	1 302	371	780	118	58	50	401	362
2003	1 344	391	776	121	57	48	397	358
2004	1 370	390	787	120	58	47	403	366
2005	1 380	393	796	122	59	48	414	375

Ärztliche Versorgung



Wasserwirtschaft

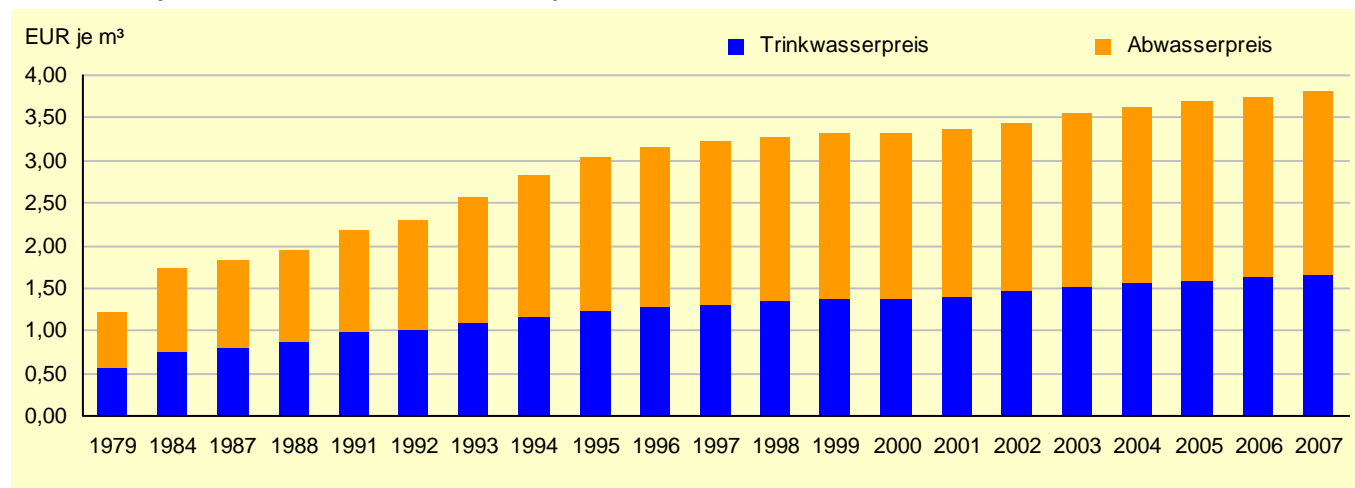
In Baden-Württemberg wurden 2004 insgesamt 5,3 Mrd. Kubikmeter Wasser für die Nutzung als Trink- und Brauchwasser, für Bewässerungs- und Kühlzwecke bzw. als Produktionswasser benötigt. Davon wurden 686 Mill. Kubikmeter (13 %) durch die öffentliche Wasserversorgung gewonnen, zumeist Grund- oder Quellwasser (71 %). Die Trinkwasserabgabe an Letztverbraucher betrug 2004 rund 590 Mill. Kubikmeter. Der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch von Haushalten und Kleingewerbe ging landesweit weiter auf 123 Liter je Einwohner zurück, 1975 lag der Pro-Kopf-Verbrauch noch bei 156 Liter. Höhere Preise, aber auch ein gestärktes Umweltbewusstsein, haben das Verbraucherverhalten verändert. Ebenfalls eine Rolle spielt die Entwicklung von Wasser sparenden Technologien. Der durchschnittliche Kubikmeterpreis für Trinkwasser liegt 2007 in Baden-Württemberg bei 1,81 und für Abwasser bei 2,14 Euro.

Insgesamt wurden 2004 in den kommunalen Kläranlagen 1450 Mill. Kubikmeter Abwässer behandelt. Mehr als die Hälfte davon waren Fremd- und Niederschlagswässer. Knapp 7 % der Jahresabwassermenge wurden durch Nitrifikation und Denitrifikation behandelt. Bei dieser Verfahrensstufe wird der im Abwasser enthaltene, gebundene Stickstoff letztlich in Stickstoffgas umgewandelt. Durch den Ausbau und weitere Modernisierung der kommunalen Abwasserbeseitigung konnte die Restbelastung der Abwässer weiter gesenkt werden.

Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Jahr	Wassergewinnung insgesamt	Davon		Wasserabgabe an Letztverbraucher			Öffentliche Abwasserbeseitigung ²⁾	
		Grund- und Quellwasser	Oberflächenwasser ¹⁾	insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch	behandelte Jahresabwassermenge	darunter behandelt durch Nitrifikation und Denitrifikation ³⁾
		1 000 m ³			Liter	1 000 m ³	%	
1987	30 427	30 427	–	28 332	23 071	135	87 419	–
1991	39 465	39 465	–	31 020	26 034	144	65 030	0,7
1993	37 425	37 425	–	29 816	24 958	135	.	.
1995	37 608	37 608	–	29 144	24 781	133	75 540	1,0
1998	37 159	37 159	–	28 857	24 555	130	71 669	1,0
2001	36 833	36 833	–	28 498	24 480	127	83 081	0,2
2004	36 226	36 226	–	28 672	24 603	127	63 634	0,3

Kubikmeterpreise für Trink- und Abwasser*)



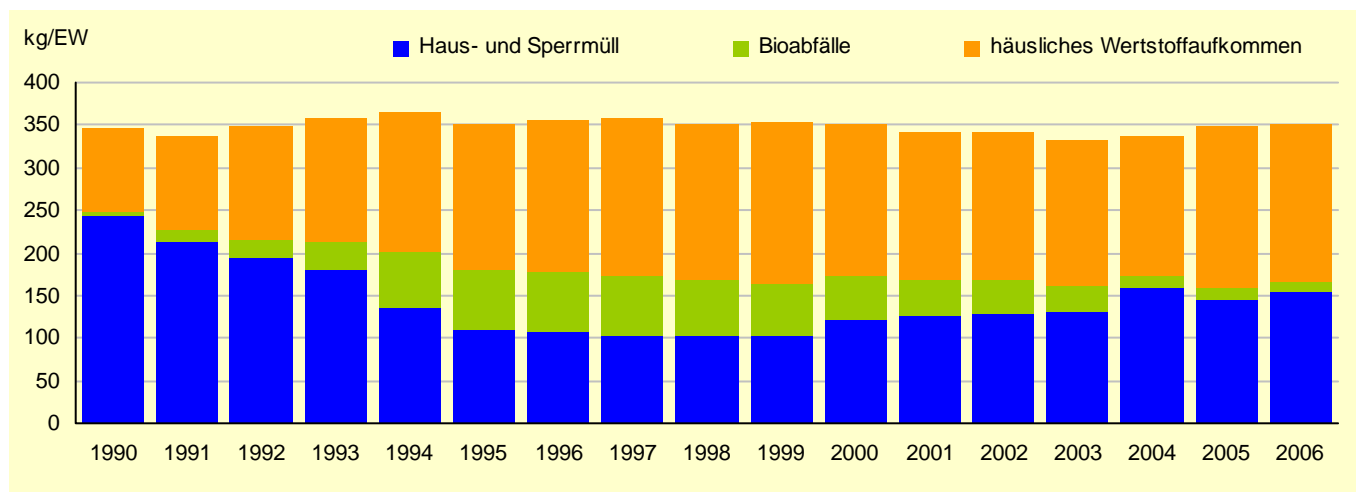
Kommunales Abfallaufkommen

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2006 den öffentlich rechtlichen Entsorgungsträgern (örE) über 13,2 Mill. Tonnen an Abfällen überlassen (ohne Problemstoffe, ohne Elektro-/Elektronikaltgeräte, ohne asbesthaltige Abfälle). Damit ist das kommunale Abfallaufkommen gegenüber 1990 (knapp 31 Mill. t) um mehr als die Hälfte (57 %) zurückgegangen. Seit dem 1. Juni 2005 ist die Ablagerung unbehandelter Abfälle nicht mehr zulässig, sodass vorab eine thermische oder mechanisch-biologische Behandlung notwendig ist. Dadurch soll erreicht werden, dass kein belastetes Sickerwasser mehr austritt und keine schädlichen Deponiegase entstehen, die zur Erwärmung der Erdatmosphäre beitragen. Mit annähernd 3,8 Mill. Tonnen entfiel landesweit mehr als ein Viertel der über die örE erfassten Abfallmengen auf Haus-/ Sperrmüll, Bioabfälle und Wertstoffe aus Haushalten. Dies entspricht einem Pro-Kopf-Aufkommen der häuslichen Abfälle von 351 kg/Ea. Damit wurde nach jährlichen Schwankungen der Mengen zwischen 337 kg/Ea (1992) und 362 kg/Ea (2000) wieder annähernd der Wert von 1990 (352 kg/Ea) erreicht. Die Anteile der einzelnen Fraktionen haben sich aber deutlich verschoben. Die Haus- und Sperrmüllmenge wurde im Vergleich zu 1990 um 45 % auf 148 kg/Ea reduziert. Die Bioabfälle und Wertstoffe sind in entsprechendem Umfang angestiegen. Dabei blieb die getrennt erfasste Menge an Bioabfällen seit 1999 relativ stabil bei rund 40 kg/Ea, die Menge der getrennt erfassten Wertstoffe aus Haushalten hat mit 163 kg/Ea im Jahr 2006 einen neuen Maximalwert erreicht.

Getrennt erfasste Wertstoffe

Jahr	Wertstoffe insgesamt		Davon									
			Papier/Pappe		Glas		Metalle		Kunststoffe		Textilien, Verbunde, Holz und Sonstiges	
	t	kg/Ea	t	kg/Ea	t	kg/Ea	t	kg/Ea	t	kg/Ea	t	kg/Ea
1990	37 673	77,9	29 237	60,5	5 832	12,1	1 867	3,9	563	1,2	174	0,4
1994	60 599	119,1	40 526	79,6	5 626	11,1	8 244	16,2	3 512	6,9	2 691	5,3
1996	79 470	154,6	41 791	81,3	16 514	32,1	5 011	9,8	4 870	9,5	11 284	22,0
1998	82 249	158,8	45 324	87,5	17 700	34,2	6 871	13,3	3 579	6,9	8 775	16,9
2000	73 959	141,5	46 100	88,2	17 983	34,4	4 515	8,6	4 099	7,8	1 262	2,4
2002	72 277	136,6	44 292	83,7	17 171	32,5	5 978	11,3	3 741	7,1	1 095	2,1
2004	75 216	141,5	41 419	77,9	15 800	29,7	3 802	7,2	3 880	7,3	10 315	19,4
2005	79 234	148,6	44 453	83,4	15 167	28,4	3 908	7,3	4 853	9,1	10 853	20,4
2006	82 674	154,9	47 162	88,4	15 223	28,5	3 676	6,9	6 681	12,5	9 932	18,6

Kommunales Aufkommen an häuslichen Abfällen



Verkehr

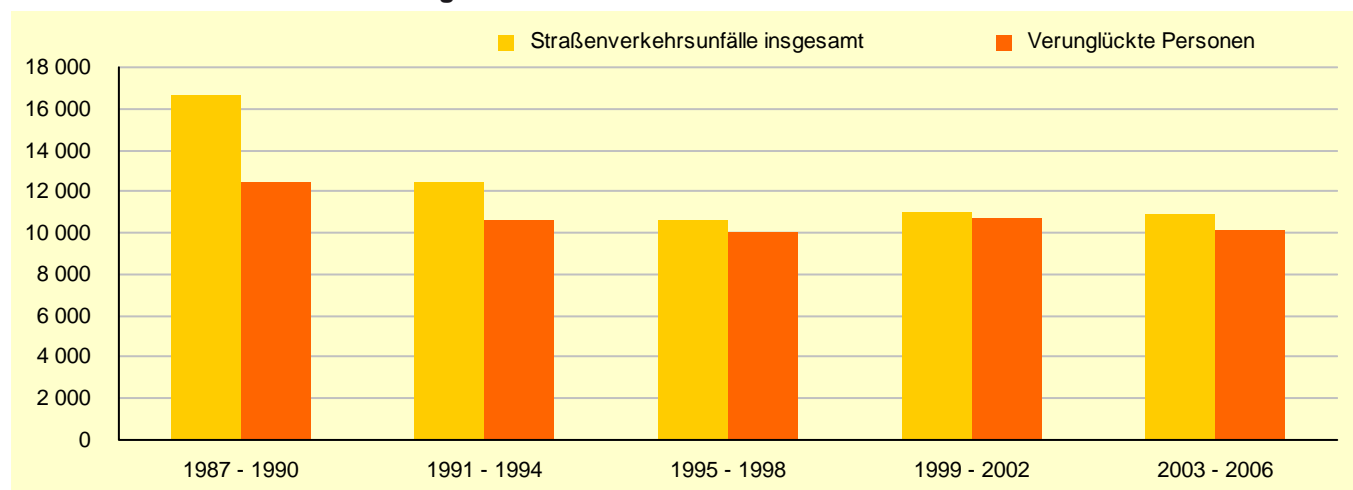
Im Land waren 2006 rund 7,5 Mill. Kraftfahrzeuge zugelassen. Damit hat sich seit 1950 der gesamte Kfz-Bestand des Landes um etwa das 23-fache erhöht, die Zahl der Personenkraftwagen (Pkw) sogar auf das 71-fache. Der enorme Anstieg des Pkw-Bestandes ist auch demografisch bedingt. Für die Entwicklung entscheidender ist jedoch die stetige Zunahme des Motorisierungsgrades. So kamen 2006 landesweit 582 Pkw auf 1 000 Einwohner. Am höchsten ist die Pkw-Dichte mit 677 Pkw je 1 000 Einwohner im Hohenlohekreis. Unter den Landkreisen weist mit 533 Pkw je 1 000 Einwohner dagegen Tübingen den geringsten Motorisierungsgrad auf. Die Pkw-Dichte ist in größeren Städten sowie in verdichteten Gebieten tendenziell geringer. Ursachen hierfür sind das konzentrierte Angebot an Arbeitsplätzen und Infrastruktureinrichtungen sowie der besser ausgebauten öffentliche Personennahverkehr.

Rund 57 000 Verkehrsunfälle mit Personenschaden und schwerem Sachschaden wurden 2006 in Baden-Württemberg registriert. Von den im Land knapp 54 000 verunglückten Personen im Straßenverkehr wurden 681 getötet. Die Zahl der Verkehrstoten ist landesweit gegenüber dem Vorjahr um 7,6 % gestiegen. Zu beobachten ist dennoch ein Rückgang der Unfälle mit Personenschaden, insbesondere in den letzten fünf Jahren. Die wenigsten Straßenverkehrsunfälle mit schweren Schäden bezogen auf die Einwohnerzahl wurden im Alb-Donau-Kreis erfasst (4,4 Unfälle je 1 000 Einwohner).

Kraftfahrzeuge*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr ¹⁾	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1000 Einwohner	Straßenverkehrsunfälle ³⁾		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwer-verletzte
		Pkw	Krafträder ²⁾						
Anzahl									
1985	246 809	215 075	13 193	461	3 971	2 238	2 973	59	685
1993	311 336	273 974	15 029	541	3 078	1 868	2 608	54	534
1995	322 041	281 069	17 368	551	2 614	1 755	2 450	40	497
1997	330 130	285 951	20 077	553	2 680	1 816	2 507	34	448
1999	339 321	291 064	23 161	559	2 832	1 928	2 679	47	482
2001	352 784	301 691	24 917	576	2 648	1 891	2 658	24	377
2003	363 636	310 704	26 337	586	2 835	1 977	2 677	29	374
2004	367 746	314 333	26 871	591	2 785	1 915	2 622	23	433
2005	373 505	319 621	27 390	600	2 661	1 834	2 424	22	382
2006	378 722	327 094	27 951	613	2 607	1 821	2 407	22	372

Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



Anhang

Vergleichsdaten für die Stadt- und Landkreise

Finanzen der Landkreisverwaltungen Baden-Württembergs 2006	26
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2005	27
Innovationsindex 2006	28
Die beschäftigungsintensivste Branche 2006	29
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2005	30
Kommunales Aufkommen an häuslichen Abfällen im Jahr 2006	31
Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2005 bis 2025	32
Wohnungsdefizit 2005 sowie künftiger Wohnungsbedarf bis 2025	33
Voraussichtliche Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen von 2005 bis 2020	34
Voraussichtliche Veränderung des Pkw-Bestands 2006 bis 2025	35
Fußnoten	36
Zeichenerklärung	37
Erläuterungen und Definitionen	38

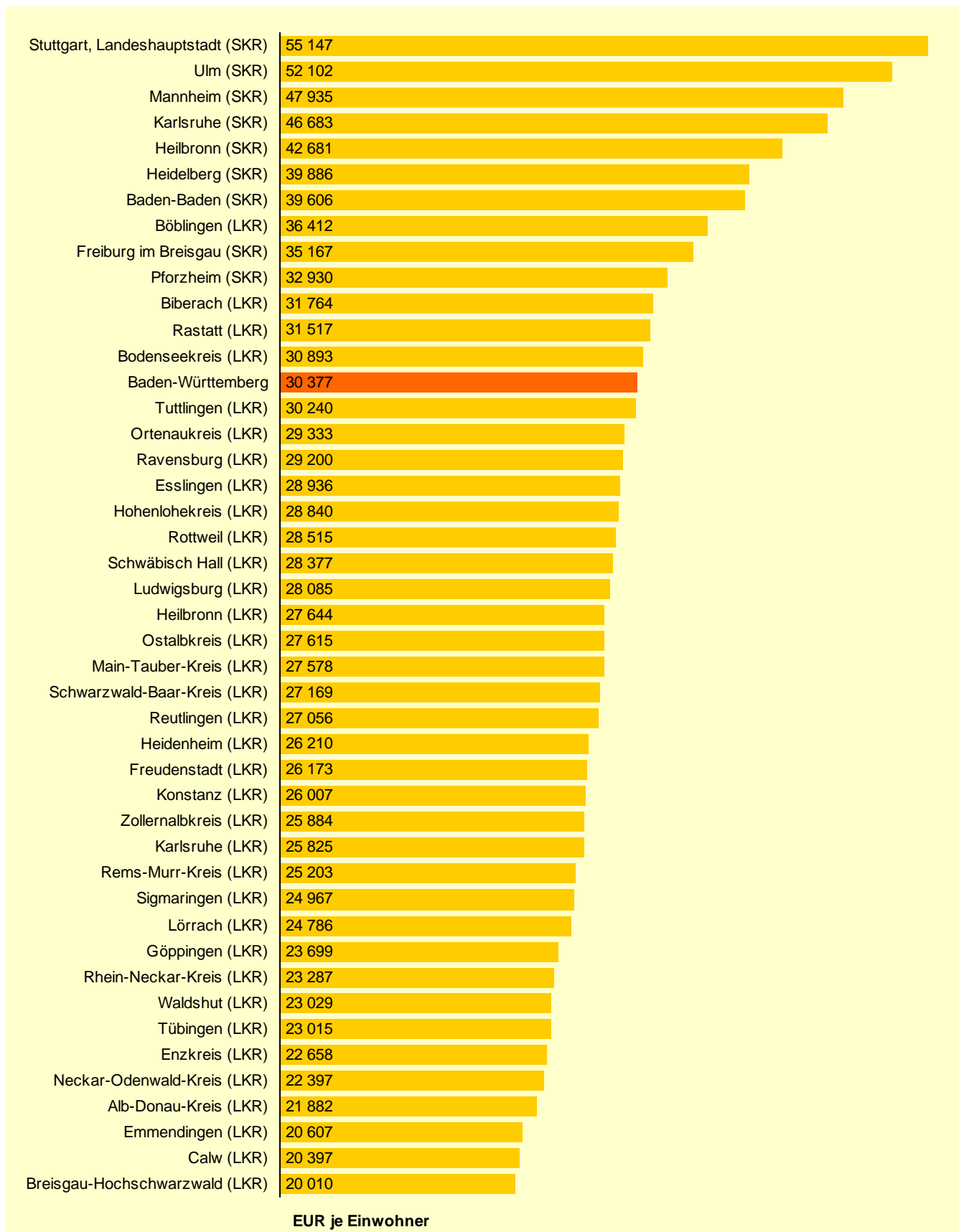
Vergleichsdaten für die Stadt- und Landkreise

Finanzen der Landkreisverwaltungen Baden-Württembergs 2006

Landkreise ¹⁾	Einwohner am 30.06.2006	Ausgaben (bereinigt)			Schulden am Kreditmarkt	Kreis- umlage- sätze für 2007
		insgesamt	Personal- ausgaben	Ausgaben für Baumaßnahmen		
		EUR je Einwohner				
Alb-Donau-Kreis (LKR)	190 182	481	151	17	129	29,30
Biberach (LKR)	188 712	533	109	80	19	29,80
Böblingen (LKR)	372 293	269	86	21	265	40,80
Bodenseekreis (LKR)	207 090	806	107	31	212	31,00
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	251 345	429	103	61	220	36,50
Calw (LKR)	160 725	464	92	13	140	31,50
Emmendingen (LKR)	156 773	379	92	25	112	35,00
Enzkreis (LKR)	196 292	312	101	16	153	30,00
Esslingen (LKR)	514 174	301	79	20	269	42,90
Freudenstadt (LKR)	122 514	525	117	17	183	31,95
Göppingen (LKR)	257 314	312	95	15	181	41,30
Heidenheim (LKR)	134 761	478	100	38	141	38,50
Heilbronn (LKR)	330 021	298	76	41	67	32,50
Hohenlohekreis (LKR)	110 010	402	112	60	291	41,50
Karlsruhe (LKR)	430 100	277	86	21	115	28,00
Konstanz (LKR)	274 557	386	88	20	104	37,00
Lörrach (LKR)	221 572	354	101	3	67	37,90
Ludwigsburg (LKR)	513 819	341	78	10	162	38,50
Main-Tauber-Kreis (LKR)	136 844	430	96	33	175	37,25
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	150 428	495	111	18	242	25,60
Ortenaukreis (LKR)	416 780	564	92	13	81	33,70
Ostalbkreis (LKR)	316 159	606	102	52	124	36,00
Rastatt (LKR)	228 321	373	108	15	226	34,50
Ravensburg (LKR)	276 022	529	84	31	159	33,50
Rems-Murr-Kreis (LKR)	417 693	396	78	26	76	39,60
Reutlingen (LKR)	281 857	359	76	13	272	36,00
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	533 641	335	74	24	165	35,10
Rottweil (LKR)	141 970	384	83	17	53	33,50
Schwäbisch Hall (LKR)	189 842	583	126	43	145	36,00
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	210 971	442	95	14	193	34,80
Sigmaringen (LKR)	133 259	499	107	36	92	35,50
Tübingen (LKR)	216 632	382	73	51	319	40,73
Tuttlingen (LKR)	135 289	667	113	97	68	32,75
Waldshut (LKR)	167 304	688	103	8	237	38,35
Zollernalbkreis (LKR)	192 505	433	83	62	50	29,00
Landkreise zusammen	8 777 771	419	91	28	159	.
nachrichtlich:						
Baden-Baden (SKR)	54 685	2 390	740	99	536	X
Freiburg im Breisgau (SKR)	216 332	2 339	603	93	1 423	X
Heidelberg (SKR)	144 023	2 590	784	197	962	X
Heilbronn (SKR)	121 448	2 242	688	106	322	X
Karlsruhe (SKR)	285 538	2 981	743	170	541	X
Mannheim (SKR)	307 772	2 551	655	145	1 112	X
Pforzheim (SKR)	119 205	2 444	714	131	711	X
Stuttgart, Landeshauptstadt (SKR)	592 899	3 275	755	188	593	X
Ulm (SKR)	120 664	2 484	666	193	971	X
Stadtkreise zusammen	1 962 566	2 777	710	158	798	X

Vergleichsdaten für die Stadt- und Landkreise

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2005



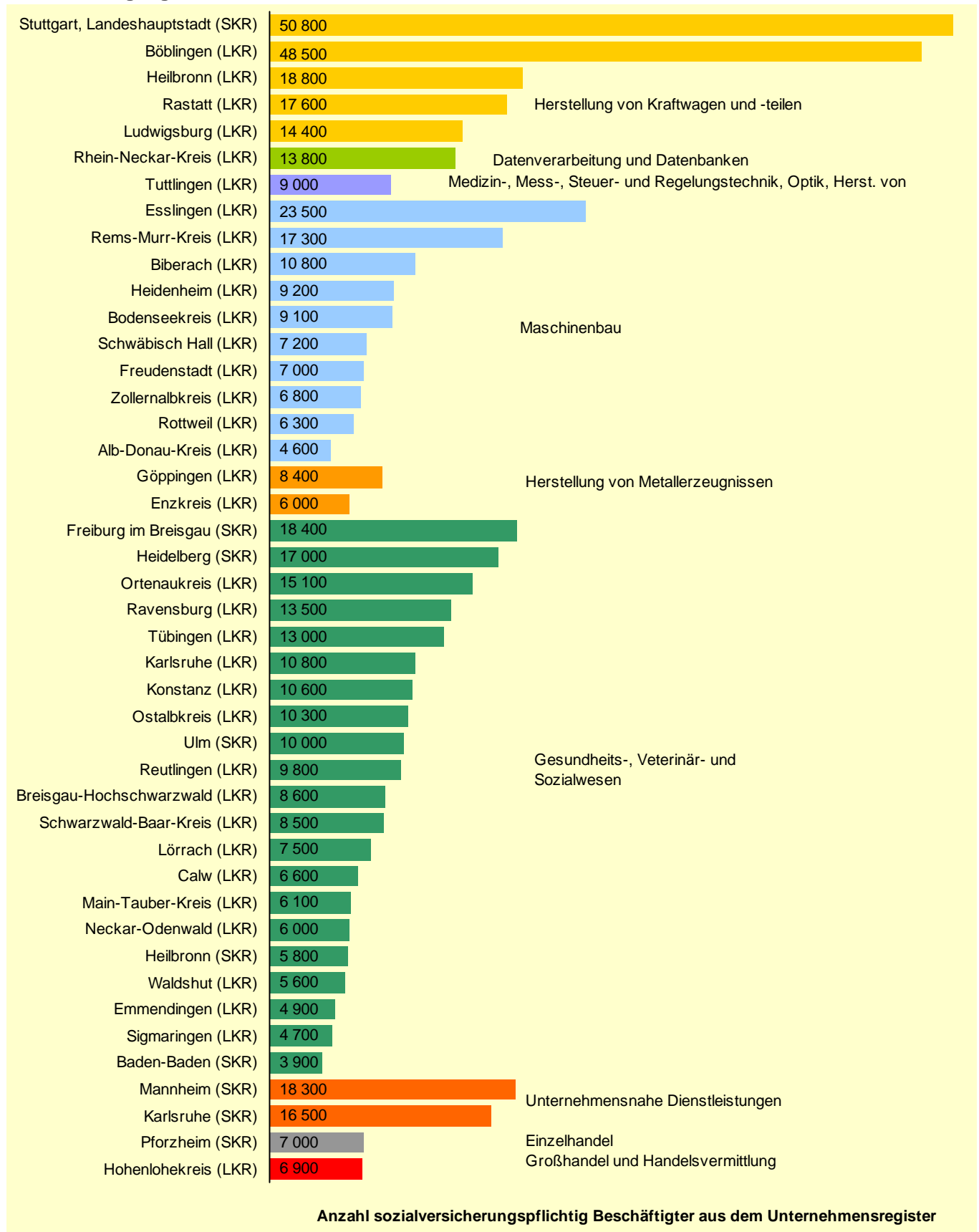
Vergleichsdaten für die Stadt- und Landkreise

Innovationsindex 2006

Stadt-/ Landkreise	Innovationsindex		Niveauindex (75 %)		Dynamikindex (25 %)	
	Indexwert	Rang	Indexwert	Rang	Indexwert	Rang
Böblingen (LKR)	65,7	1	68,9	2	55,9	8
Bodenseekreis (LKR)	64,5	2	69,9	1	48,0	15
Stuttgart (SKR)	56,0	3	59,7	3	44,9	24
Ulm (SKR)	51,4	4	53,4	4	45,6	21
Ludwigsburg (LKR)	51,3	5	49,7	5	56,1	7
Heidenheim (LKR)	49,5	6	44,8	7	63,4	3
Heidelberg (SKR)	47,6	7	48,2	6	45,9	20
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	43,5	8	40,1	8	53,7	10
Karlsruhe (SKR)	43,0	9	38,2	9	57,5	5
Biberach (LKR)	41,1	10	36,6	11	54,7	9
Rastatt (LKR)	40,4	11	34,7	12	57,4	6
Esslingen (LKR)	40,4	12	38,0	10	47,5	16
Reutlingen (LKR)	37,4	13	33,1	15	50,3	11
Karlsruhe (LKR)	36,3	14	31,8	17	49,6	12
Heilbronn (LKR)	36,0	15	25,0	27	69,2	1
Mannheim (SKR)	36,0	16	32,9	16	45,3	22
Freudenstadt (LKR)	35,5	17	25,9	24	64,2	2
Tuttlingen (LKR)	33,9	18	33,2	13	35,7	37
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	33,4	19	33,2	14	33,9	40
Calw (LKR)	33,3	20	28,1	20	49,0	13
Konstanz (LKR)	32,9	21	29,9	19	42,2	29
Ostalbkreis (LKR)	32,6	22	27,7	22	47,0	18
Rems-Murr-Kreis (LKR)	31,9	23	31,1	18	34,2	39
Ravensburg (LKR)	30,9	24	26,3	23	44,8	25
Alb-Donau-Kreis (LKR)	30,4	25	20,2	34	61,1	4
Lörrach (LKR)	29,8	26	24,1	30	47,0	17
Freiburg im Breisgau (SKR)	29,4	27	24,5	29	44,1	26
Enzkreis (LKR)	28,5	28	27,8	21	30,5	41
Rottweil (LKR)	28,3	29	25,2	26	37,6	34
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	27,3	30	20,1	35	48,6	14
Heilbronn (SKR)	26,7	31	23,6	31	35,8	35
Baden-Baden (SKR)	26,6	32	25,9	25	28,9	42
Zollernalbkreis (LKR)	26,2	33	19,6	36	46,0	19
Göppingen (LKR)	25,5	34	20,7	33	39,8	31
Tübingen (LKR)	24,7	35	21,6	32	34,2	38
Emmendingen (LKR)	24,6	36	24,9	28	23,9	44
Main-Tauber-Kreis (LKR)	23,9	37	17,2	38	43,9	27
Hohenlohekreis (LKR)	23,4	38	16,1	40	45,3	23
Schwäbisch Hall (LKR)	23,3	39	17,3	37	41,4	30
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	21,0	40	16,0	41	35,8	36
Waldshut (LKR)	20,2	41	12,6	43	42,8	28
Ortenaukreis (LKR)	19,7	42	13,2	42	39,2	32
Pforzheim (SKR)	19,3	43	16,7	39	27,0	43
Sigmaringen (LKR)	15,2	44	7,7	44	37,9	33

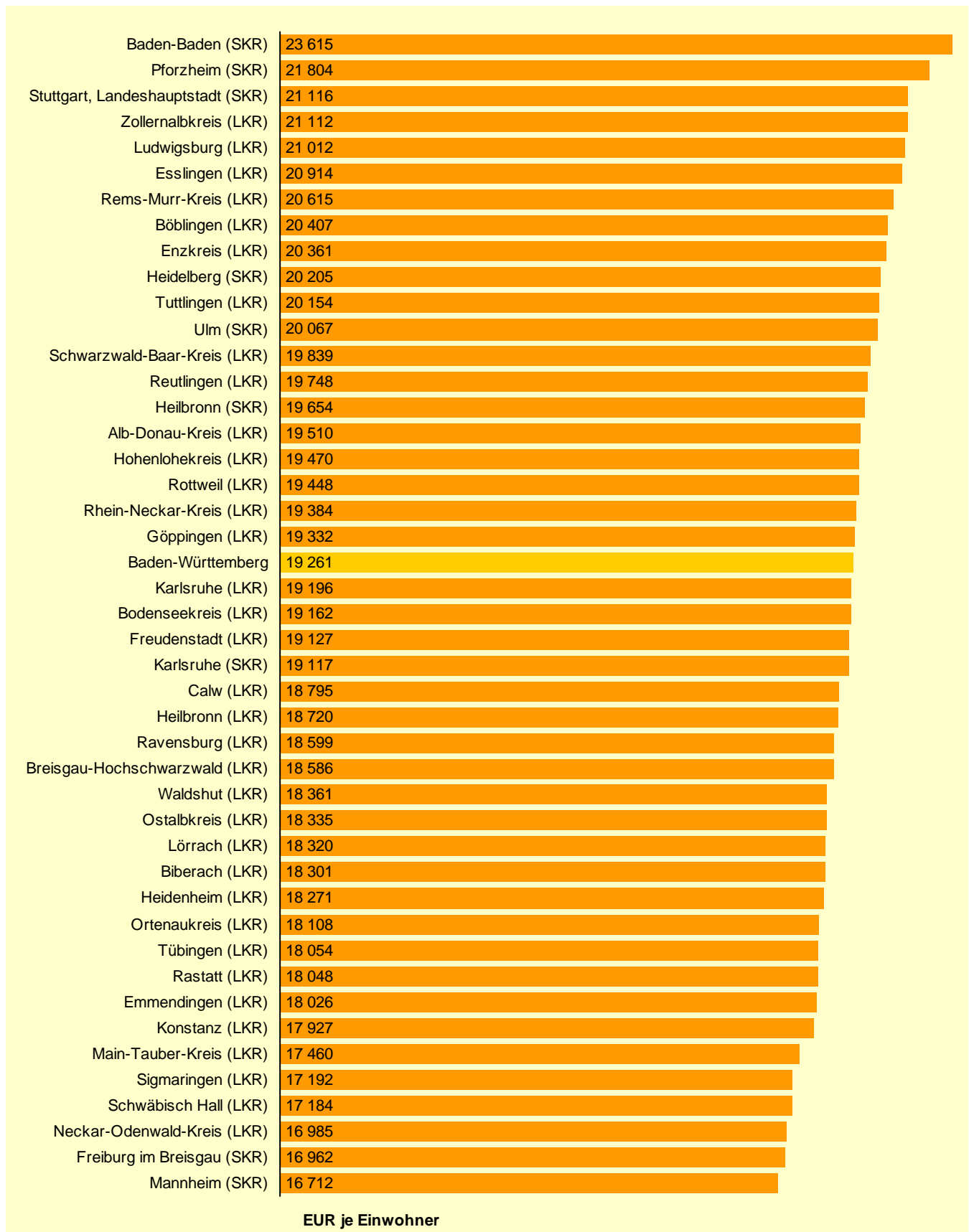
Vergleichsdaten für die Stadt- und Landkreise

Die beschäftigungsintensivste Branche 2006²⁾

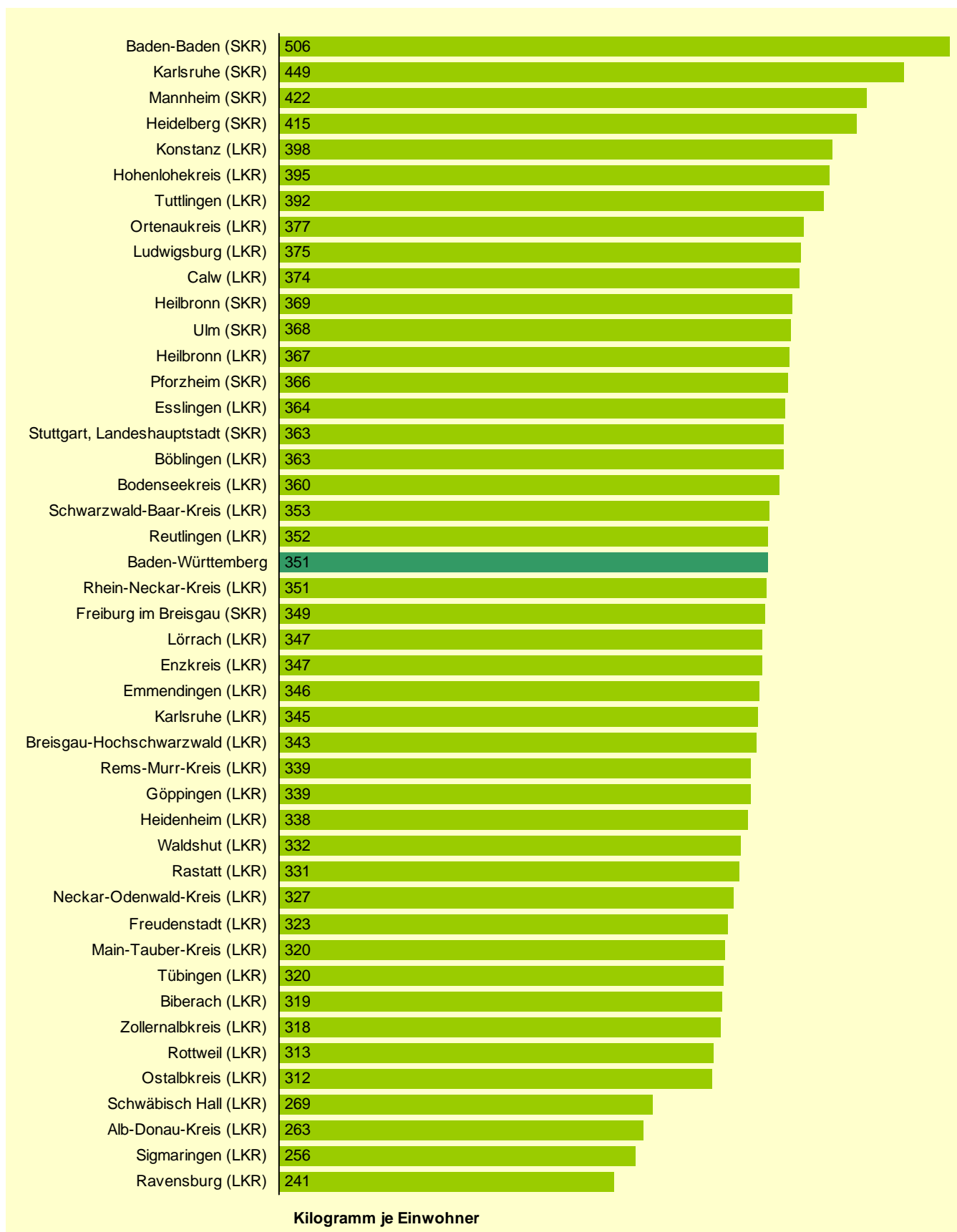


Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter aus dem Unternehmensregister

Verfügbares Einkommen je Einwohner im Jahre 2005



Kommunales Aufkommen an häuslichen Abfällen im Jahr 2006



Vergleichsdaten für die Stadt- und Landkreise

Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2005 bis 2025

Stadt-/Landkreis (SKR/LKR) Region Regierungsbezirk Land	Bevölkerung im Dezember...			Veränderung der Bevölkerungszahl	
	2005	2015 ³⁾	2025 ³⁾	2005 - 2015	2005 - 2025
	Anzahl			%	
Heilbronn (LKR)	329 503	337 800	338 800	+ 2,5	+ 2,8
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	249 535	254 400	254 200	+ 2,0	+ 1,9
Ulm (SKR)	120 625	122 300	122 800	+ 1,4	+ 1,8
Biberach (LKR)	188 532	191 600	191 900	+ 1,6	+ 1,8
Emmendingen (LKR)	156 728	159 500	159 200	+ 1,8	+ 1,6
Baden-Baden (SKR)	54 581	55 600	55 400	+ 1,9	+ 1,5
Bodenseekreis (LKR)	205 446	208 700	208 100	+ 1,6	+ 1,3
Konstanz (LKR)	274 692	278 800	277 800	+ 1,5	+ 1,1
Freiburg im Breisgau (SKR)	215 966	219 000	217 800	+ 1,4	+ 0,8
Schwäbisch Hall (LKR)	189 580	191 400	190 700	+ 1,0	+ 0,6
Alb-Donau-Kreis (LKR)	190 233	191 500	190 600	+ 0,7	+ 0,2
Tuttlingen (LKR)	135 297	136 300	135 500	+ 0,7	+ 0,2
Ludwigsburg (LKR)	513 317	518 200	513 700	+ 1,0	+ 0,1
Ravensburg (LKR)	275 677	277 700	275 600	+ 0,7	- 0,0
Karlsruhe (LKR)	429 603	433 300	429 200	+ 0,9	- 0,1
Ortenaukreis (LKR)	416 410	418 400	414 600	+ 0,5	- 0,4
Esslingen (LKR)	514 245	517 500	511 900	+ 0,6	- 0,5
Hohenlohekreis (LKR)	109 718	110 100	109 100	+ 0,4	- 0,5
Freudenstadt (LKR)	122 579	123 100	121 900	+ 0,4	- 0,6
Rastatt (LKR)	228 408	229 600	227 000	+ 0,5	- 0,6
Tübingen (LKR)	216 477	217 100	214 800	+ 0,3	- 0,8
Lörrach (LKR)	221 357	222 200	219 500	+ 0,4	- 0,8
Rems-Murr-Kreis (LKR)	417 697	418 700	413 700	+ 0,2	- 0,9
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	533 993	535 500	528 500	+ 0,3	- 1,0
Enzkreis (LKR)	196 417	196 600	194 400	+ 0,1	- 1,0
Karlsruhe (SKR)	285 263	284 800	282 100	- 0,2	- 1,1
Rottweil (LKR)	142 148	142 000	140 500	- 0,1	- 1,1
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	150 628	150 700	148 900	+ 0,0	- 1,2
Böblingen (LKR)	372 155	372 700	367 700	+ 0,1	- 1,2
Calw (LKR)	161 069	160 500	158 200	- 0,4	- 1,8
Ostalbkreis (LKR)	316 760	314 800	310 100	- 0,6	- 2,1
Sigmaringen (LKR)	133 385	132 300	130 300	- 0,8	- 2,3
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	211 320	209 800	206 400	- 0,7	- 2,3
Reutlingen (LKR)	282 049	279 900	275 100	- 0,8	- 2,5
Göppingen (LKR)	257 783	255 700	251 300	- 0,8	- 2,5
Waldshut (LKR)	167 274	165 800	163 000	- 0,9	- 2,6
Heilbronn (SKR)	121 613	120 200	118 000	- 1,1	- 3,0
Heidelberg (SKR)	142 993	141 800	138 600	- 0,9	- 3,0
Pforzheim (SKR)	119 021	117 600	115 300	- 1,2	- 3,1
Stuttgart, Landeshauptstadt (SKR)	592 569	584 400	572 500	- 1,4	- 3,4
Main-Tauber-Kreis (LKR)	137 259	135 000	132 000	- 1,7	- 3,8
Zollernalbkreis (LKR)	192 722	189 000	184 600	- 1,9	- 4,2
Mannheim (SKR)	307 900	300 600	292 600	- 2,4	- 5,0
Heidenheim (LKR)	135 174	131 400	127 500	- 2,8	- 5,7
Baden-Württemberg	10 735 701	10 753 700	10 631 400	+ 0,2	- 1,0

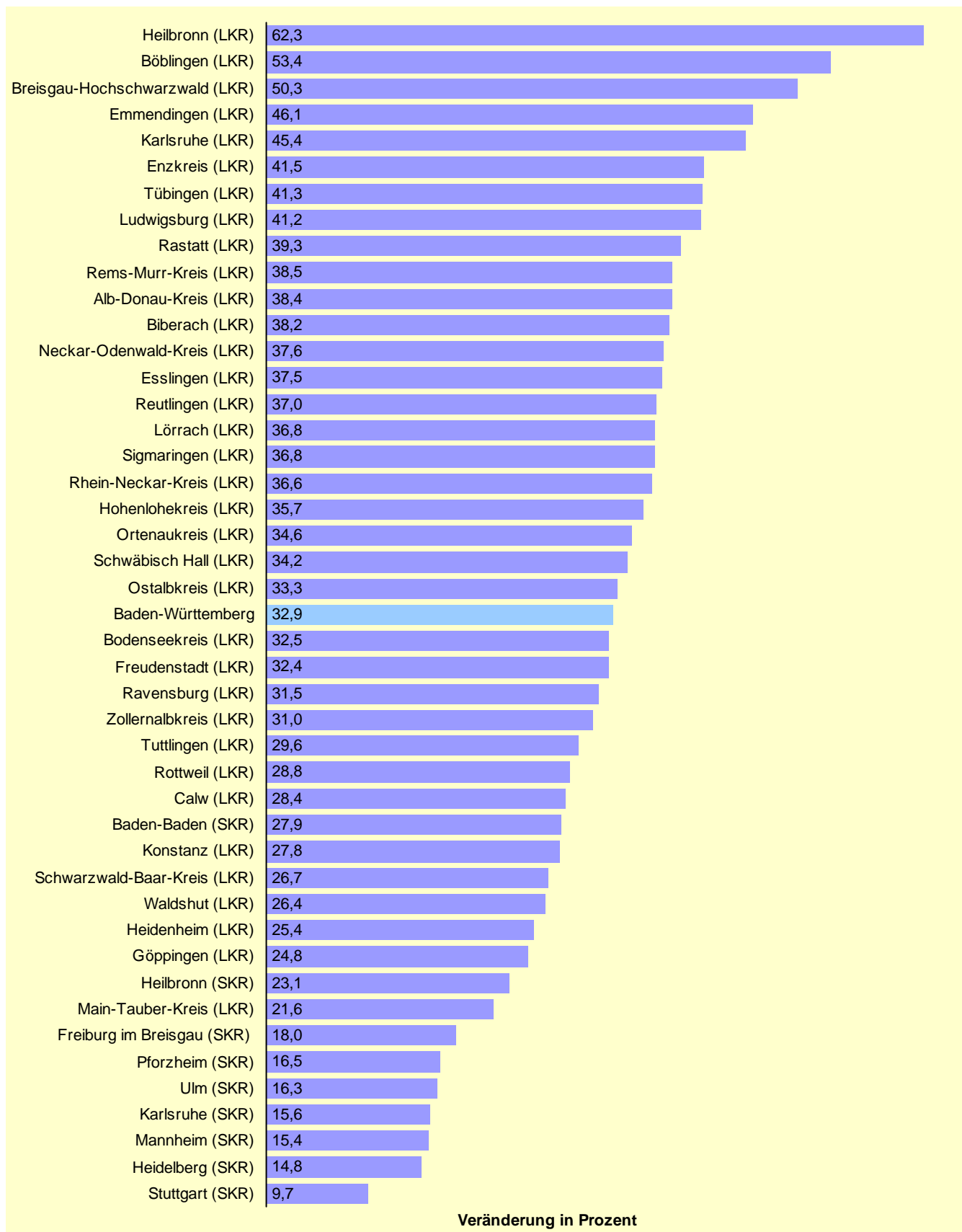
Vergleichsdaten für die Stadt- und Landkreise

Wohnungsdefizit 2005 sowie künftiger Wohnungsbedarf bis 2025

Stadt/Landkreis (SKR/LKR) Region Regierungsbezirk Land	Wohnungs- defizit 2005 ⁴⁾	Wohnungsneubedarf		Wohnungsersatzbedarf		Künftiger Wohnungsbedarf insgesamt ⁵⁾	
		2006 - 2015	2016 - 2025	2006 - 2015	2016 - 2025	2006 - 2025	
		in 1.000					
Heilbronn (LKR)	- 5,0	9,6	5,4	2,9	4,2	22,1	15,6
Karlsruhe (LKR)	2,8	8,4	3,4	4,7	6,8	23,2	12,6
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	- 0,7	5,5	2,7	2,2	2,9	13,4	12,4
Emmendingen (LKR)	- 2,4	3,3	1,6	1,5	2,0	8,3	12,3
Biberach (LKR)	- 6,2	3,4	2,2	1,6	2,2	9,4	11,9
Ulm (SKR)	2,5	2,0	0,9	1,3	2,3	6,6	11,7
Enzkreis (LKR)	- 1,1	3,7	1,3	2,0	2,8	9,8	11,4
Schwäbisch Hall (LKR)	- 5,1	2,9	1,8	1,7	2,6	9,0	11,1
Freudenstadt (LKR)	- 3,6	1,7	0,9	1,5	1,9	6,0	11,0
Alb-Donau-Kreis (LKR)	- 5,2	2,7	1,8	1,6	2,4	8,5	10,9
Tuttlingen (LKR)	- 2,1	1,9	1,0	1,4	2,0	6,4	10,9
Rastatt (LKR)	- 2,2	3,3	1,1	2,6	3,7	10,7	10,7
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	- 4,8	1,9	1,0	1,6	2,3	6,8	10,6
Ortenaukreis (LKR)	- 9,7	5,5	2,8	4,5	6,3	19,0	10,5
Baden-Baden (SKR)	- 2,0	0,8	0,2	0,9	1,2	3,1	10,1
Bodenseekreis (LKR)	- 5,8	3,8	1,6	1,7	2,7	9,7	10,1
Ludwigsburg (LKR)	0,1	9,1	3,3	4,3	7,0	23,7	10,1
Tübingen (LKR)	3,3	3,3	1,4	1,8	2,7	9,3	9,9
Hohenlohekreis (LKR)	- 3,1	1,4	0,8	1,0	1,4	4,6	9,8
Lörrach (LKR)	- 2,2	3,6	1,1	2,1	3,1	9,9	9,7
Esslingen (LKR)	- 1,4	8,0	2,8	4,6	7,5	22,9	9,7
Rottweil (LKR)	- 4,3	1,6	0,8	1,5	2,1	6,1	9,7
Rems-Murr-Kreis (LKR)	- 2,1	6,6	2,1	3,7	6,0	18,3	9,6
Ravensburg (LKR)	- 3,4	3,7	1,6	2,3	3,4	11,0	9,5
Konstanz (LKR)	1,6	4,4	1,6	2,4	3,7	12,1	9,4
Böblingen (LKR)	- 2,2	5,8	2,1	2,8	4,7	15,5	9,3
Reutlingen (LKR)	- 2,2	3,1	1,1	2,7	4,1	10,9	8,9
Ostalbkreis (LKR)	- 7,2	3,0	1,4	2,9	4,8	12,1	8,8
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	0,1	7,6	2,1	4,5	7,2	21,5	8,8
Freiburg im Breisgau (SKR)	14,1	3,0	0,5	1,9	3,3	8,6	8,6
Calw (LKR)	- 2,5	1,9	0,6	1,5	2,1	6,1	8,6
Sigmaringen (LKR)	- 4,9	1,1	0,7	1,3	1,7	4,9	8,5
Heilbronn (SKR)	1,0	0,7	- 0,2	1,5	2,6	4,6	8,1
Waldshut (LKR)	- 5,1	1,5	0,4	1,8	2,4	6,0	7,9
Göppingen (LKR)	- 3,2	2,4	0,5	2,4	3,8	9,1	7,9
Zollernalbkreis (LKR)	- 2,5	1,1	0,1	2,2	3,2	6,6	7,8
Karlsruhe (SKR)	11,7	2,4	- 0,3	3,2	5,4	10,7	7,6
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	- 5,2	1,7	0,1	2,2	3,3	7,3	7,4
Main-Tauber-Kreis (LKR)	- 4,9	0,4	0,1	1,6	2,2	4,4	7,3
Pforzheim (SKR)	3,2	0,5	- 0,5	1,4	2,6	4,0	7,0
Heidenheim (LKR)	- 2,4	0,1	- 0,5	1,5	2,5	3,7	6,0
Stuttgart, Landeshauptstadt (SKR)	29,2	- 0,8	- 4,3	7,9	13,5	16,3	5,6
Mannheim (SKR)	4,3	- 0,6	- 2,9	4,2	7,6	8,3	5,0
Heidelberg (SKR)	8,0	- 0,1	- 0,8	1,5	2,6	3,1	4,5
Baden-Württemberg	- 32,8	136,8	45,7	106,6	164,8	453,9	9,3

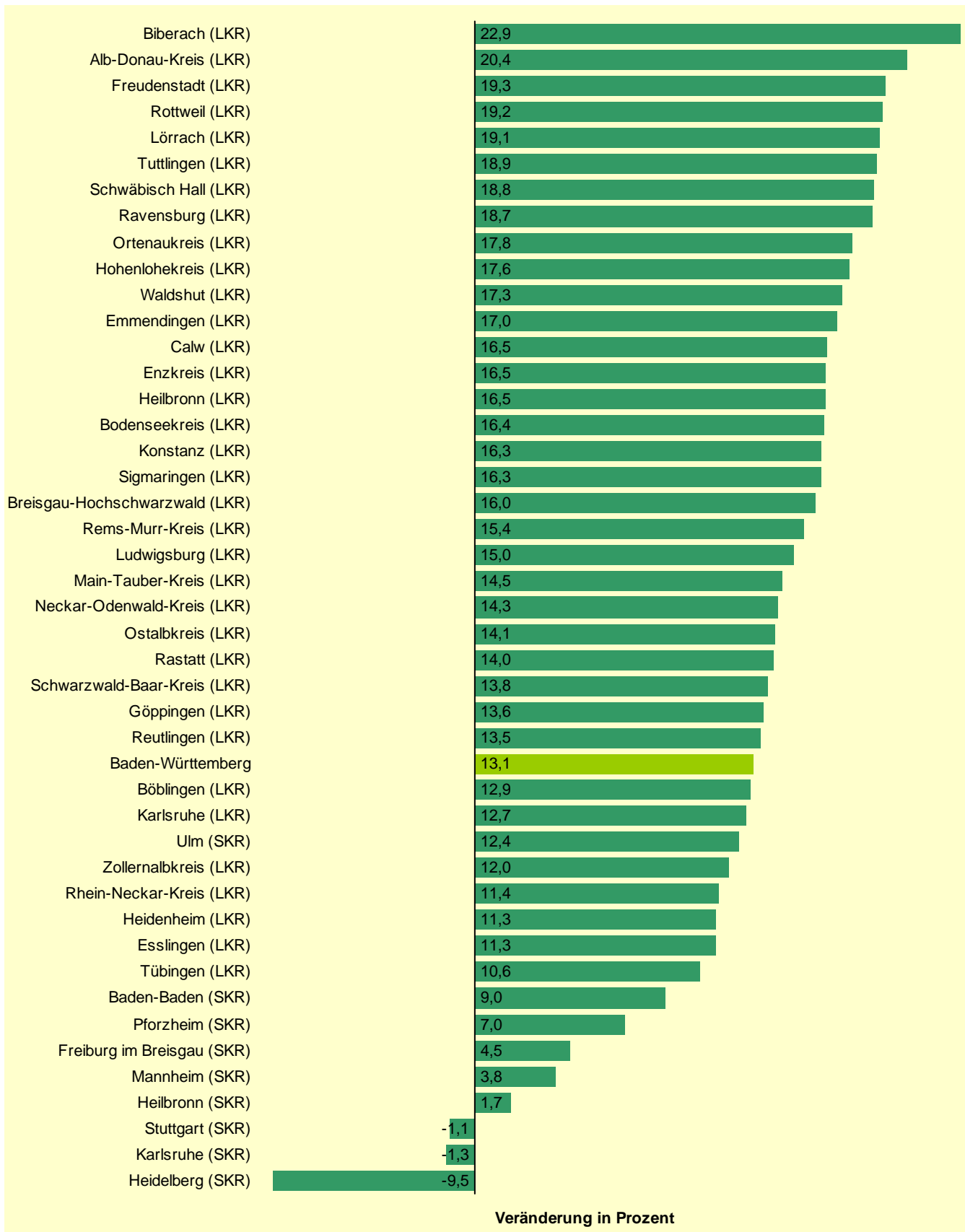
Vergleichsdaten für die Stadt- und Landkreise

Voraussichtliche Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen von 2005 bis 2020



Vergleichsdaten für die Stadt- und Landkreise

Voraussichtliche Veränderung des Pkw-Bestandes 2006 bis 2025⁷⁾



Fußnoten zu Tabellen und Schaubildern

Kreisdaten im Überblick...

- 1) Ergebnisse der kleinräumigen Bevölkerungsvorausrechnung, Basis Bevölkerung vom 31.12.2005.
- 2) Im Schuljahr 2006/07. Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter Wohnen, Fußnote 2).
- 4) Siehe unter Verkehr, Fußnote 3).
- 5) Geburtenrate: Zahl der Geburten je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.

Fläche

- *) Datenquelle: Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW).

Bevölkerung

- *) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; von 1990 bis 2006 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31. Dezember des Jahres; 2015 und 2025 Ergebnisse der kleinräumigen Bevölkerungsvorausrechnung, Basis Bevölkerung vom 31.12.2005.

Bildung

- 1) Öffentliche und private allgemeinbildende Schulen; Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Schüler an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen.
- 3) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 4) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.
- 5) Öffentliche und private berufliche Schulen; Organisatorische Einheiten, die mehrere Schularten führen, werden bei jeder Schulart einzeln gezählt, jedoch bei „berufliche Schulen insgesamt“ nur einfach.
- 6) Ohne Klassen an beruflichen Gymnasien (Kurssystem in Jahrgangsstufe 1 und 2).
- 7) Einschließlich Sonderberufsschulen und Berufsschulen Vollzeit.

Wahlen

- 1) Stimmen mit Briefwähler; bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteil.

Wohnen

- 1) 1961 und 1968: Es wurden nur nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude nach Gebäudeart differenziert.
- 2) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

Tourismus

- *) Tourismusintensität: Übernachtungen je 1 000 Einwohner.
- 1) Stand Juli. Ab 2004: Beherbergungsstätten (einschließlich Campingplätze) mit 9 und mehr Betten bzw.

Schlafgelegenheiten. Ab Januar 2004 werden die Ergebnisse für Beherbergungsstätten und Campingplätze zusammen nachgewiesen. Diese Angaben sind mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

- 2) Gäste mit Wohnsitz im Ausland.

Landwirtschaft

- *) Ergebnisse der allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung; Betrieblicher Flächennachweis.
- 1) Durch Anhebung der Erfassungsgrenze sowie methodische Veränderungen sind die Angaben ab 1999 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

Beschäftigte und Arbeitsmarkt

- *) Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit.
- 1) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort. Eventuelle Einbrüche der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 1984 sind auf den Metallarbeiterstreik zurückzuführen.
 - 2) Aktuell werden Beschäftigtendaten nach der europaweit eingeführten „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2003 (WZ 2003)“ nachgewiesen. Durch Umstellungen der Wirtschaftszweigsystematiken (1998 auf WZ 93 und 2003 auf WZ 03) sind Daten einzelner Wirtschaftszweige auch bei gleichlautenden Bezeichnungen nur bedingt vergleichbar und es können Brüche in der Zeitreihe auftreten.
 - 3) Arbeitslose mit einer Arbeitslosigkeit von über einem Jahr.

Branchenstruktur

- *) Datenquelle: Unternehmensregister, Stand: 12/2006. In Fällen die der Geheimhaltung unterliegen, ist im Balkendiagramm der Rang der Branche, nicht jedoch die Anzahl der Beschäftigten angegeben.
- 1) Alle Betriebe, die im Bezugsjahr 2004 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und/oder als Einbetriebsunternehmen umsatzsteuerpflichtigen Umsatz (Lieferungen und Leistungen) hatten. Wirtschaftsabschnitte C-K, M-O der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003.

Wirtschaft

- *) Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Berechnungsstand: August 2006.

Einkommen

- *) Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Berechnungsstand August 2006.

Öffentliche Finanzen und Personal

- 1) 1993 bis 2005 Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik, 2006 Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik.
- 2) 1993 bis 2005 einschließlich Landeswohlfahrtsumlage.

Noch: Fußnoten zu Tabellen und Schaubildern

Sozialleistungen

- 1) Außerhalb von Einrichtungen. Aufgrund der gesetzlichen Änderungen (Hartz IV) mit der Einführung des Arbeitslosengeld II ist das Jahr 2005 nicht mit den Vorjahren vergleichbar.
- 2) Bevölkerungsstand 31.12.
- 3) Bevölkerungsstand 30.06.

Ärztliche Versorgung

- *) Datenquelle: Landesärzte- bzw. Landeszahnärztekammer.

Wasserwirtschaft

- *) Stichtag ist jeweils der 1. Januar; Preise bis 2001 – DM in Euro umgerechnet. Der Kubikmeterpreis wird über die Einwohner gewichtet.
- 1) Fluss-, See-, Talsperrenwasser, Uferfiltrat, oder angereichertes Grundwasser.
 - 2) 1993 wurde keine Erhebung durchgeführt.
 - 3) Wurde vor 1991 nicht erfasst.

Verkehr

- *) Datenquelle: Kraftfahrtbundesamt.
- 1) Erhebungsmonat bis 2000: Juli; ab 2001: Januar.
 - 2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.
 - 3) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegender Unfall mit Sachschaden.

Anhang

- 1) Die Stadtkreise sind der Vollständigkeit halber aufgeführt. Sie nehmen auch die Gemeindefunktion wahr, sind aber mit den Landkreisen nicht vergleichbar.
- 2) Siehe unter Branchenstruktur, Fußnote *) und 1).
- 3) Auf 100 gerundete Werte.
- 4) Negative Werte bedeuten eine rechnerische Überversorgung Wohnungsbedarf.
- 5) Summe aus Wohnungsneu- und Wohnungersatzbedarf.
- 6) In Prozent des aktuellen Wohnungsbestands.
- 7) Der Pkw-Bestand berechnet sich aus der voraussichtlichen Zahl der Erwachsenen unter Berücksichtigung des regionalen Trends der Pkw-Dichte der letzten Jahre.

Zeichenerklärung

- 0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null
- 0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- Nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

Erläuterungen und Definitionen

Abfallaufkommen, kommunales

umfasst alle den entsorgungspflichtigen Körperschaften angetragenen Abfallarten wie Hausmüll, Sperrmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Bio- und Grünabfälle, Wertstoffe, Baurestmassenabfälle, Klärschlamm aus kommunalen Anlagen, produktionsspezifische Massenabfälle, Fäkalien, Fäkalschlamm, Rückstände aus der Kanalisation und Wasserreinigungsschlämme aus öffentlichen Anlagen.

Abwasser

setzt sich aus Schmutzwasser und aus Fremd- und Regenwasser zusammen und wird meist als Mischwasser über die öffentliche Kanalisation zur Abwasser- und Schlammbehandlung in kommunale Abwasserbehandlungsanlagen geleitet (Jahresabwassermenge). Schmutzwasser ist durch Gebrauch verändertes Wasser und kann aus häuslichen, (klein-) gewerblichen und industriellen Bereichen anfallen. Industrielles Schmutzwasser wird häufig direkt oder nach Vorbehandlung in betriebseigenen Behandlungsanlagen in die Kanalisation eingeleitet. Im Sinne der Erhebung gilt auch Kühlwasser als Abwasser, wird aber in jedem Fall getrennt ausgewiesen.

Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die krank-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind, werden dabei nicht nachgewiesen. Generell werden Beschäftigtendaten am Arbeitsort oder am Wohnort dargestellt. Die Daten in dieser Veröffentlichung enthalten die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (Arbeitsplätze).

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit Familienangehörigen.

Bruttolöhne und -gehälter

enthalten die von den im Inland ansässigen Wirtschaftseinheiten (Betrieben) geleisteten Löhne und Gehälter der beschäftigten Arbeitnehmer vor Abzug der

Lohnsteuer und der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer sowie Sachleistungen, die den Arbeitnehmern unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden.

Bruttoinlandsprodukt / Bruttowertschöpfung

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.

Denitrifikation

ist die Reduktion von oxidierten Stickstoffverbindungen (Nitrat, Nitrit) durch Bakterien zu elementarem (gasförmigem) Stickstoff. Die Denitrifikation setzt bauliche Ausführungen voraus, die sauerstofffreie Zonen schaffen.

Fläche

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgt in Abständen von vier Jahren. Zugrunde gelegt werden die Daten der Liegenschaftskataster der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebaute unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland (z. B. Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche.

Haupterwerbsbetriebe

Seit 1997 werden zu den Haupterwerbsbetrieben alle Betriebe mit 1,5 Arbeitskräfte-Einheiten (AK-E) und mehr gezählt oder Betriebe in denen das betriebliche Arbeitsvolumen mindestens 0,75 und weniger als 1,5 AK-E beträgt und bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes 50 % und mehr beträgt bzw. kein außerbetriebliches Einkommen vorliegt. Die AK-E ist die Maßeinheit der Arbeitsleistung einer im Berichtszeitraum mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Person. Bei den teilbeschäftigten Arbeitskräften wird die Arbeitsleistung an der durchschnittlichen Arbeitsleistung der vollbeschäftigten Arbeitskräfte gemessen und in Bruchteilen einer AK-E errechnet.

Noch: Erläuterungen und Definitionen

Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses

Hierunter versteht man neben der „Erziehung in einer Tagesgruppe“, der „Vollzeitpflege in einer anderen Familie“, der „Heimunterbringung bzw. Erziehung in sonstigen betreuten Wohnformen“ auch die „intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung“ (§§32 - 35, 41 SGB VII).

Innovationsindex

Die beiden Teilindizes – Niveauindex und Dynamikindex – ergeben sich durch eine standardisierte, ungewichtete Aggregation der aktuellsten, normierten Werte von sechs Innovationsindikatoren (Teilindex „Niveau“) bzw. deren jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate (Teilindex „Dynamik“). Die Teilindizes wurden abschließend im Verhältnis 3:1 zum Innovationsindex aggregiert. Die Innovationsindikatoren für die Stadt- und Landkreise sind (Untersuchungszeitraum in Klammern):

- interne FuE-Ausgaben bezogen auf die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche Verarbeitendes Gewerbe und „Grundstückswesen, Unternehmensdienstleistungen“ in % (1997-2003);
- FuE-Personal in Unternehmen (in Vollzeitäquivalenten) bezogen auf die Erwerbstätigen (als Kopfzahl) in den Wirtschaftsbereichen Verarbeitendes Gewerbe und „Grundstückswesen, Unternehmensdienstleistungen“ in % (1997-2003);
- Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in industriellen Hochtechnologiebranchen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt in % (1997-2005);
- Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt in % (1997-2005);
- Existenzgründungen in Hochtechnologiebranchen je Einwohner im Alter von 21 bis unter 60 Jahren (2003-2005);
- Veröffentlichte Patentanmeldungen aus der Wirtschaft und Wissenschaft beim Deutschen Patent- und Markenamt und beim Europäischen Patentamt (unter Vermeidung von Doppelzählungen) je Einwohner im Alter von 21 bis unter 65 Jahren (1997-2005).

Institutionelle Beratung

Durch Beratungen in Erziehungs-, Familien-, Jugend-, und Suchtberatungsstellen soll Heranwachsenden bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme die notwendige Unterstützung gewährt werden (§ 28 SGB VII).

Jugendhilfe, öffentliche

Hilfen für Kinder und Jugendliche unter 27 Jahren der öffentlichen und der freien Träger der Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, Aches Buch Sozial-

gesetzbuch (SGB VIII, in Kraft seit dem 1. Januar 1991). Die Hilfen reichen von der institutionellen Beratung über Betreuung einzelner junger Menschen, sozialpädagogische Familienhilfe und Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses bis hin zu Adoptionen, Pflegeschäften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen, Entzug des Sorgerechts sowie vorläufigen Schutzmaßnahmen.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

umfasst Ackerland, Dauergrünland und Dauerkulturen (Rebland, Obstanlagen, Baumschulflächen, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes) und Haus- und Nutzgärten ohne Ziergärten. Sämtliche zu einem Betrieb gehörigen Flächen werden in derjenigen Gemeinde nachgewiesen, in der sich der Betriebsbesitz befindet (Betriebsprinzip). Darum ist die LF nicht identisch mit der Landwirtschaftsfläche.

Letztverbraucher

im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

Nitrifikation

Oxidation von Ammonium (NH_4) durch Bakterien über Nitrit zu Nitrat. Die Nitrifikation erfolgt hauptsächlich erst nach der weitergehenden Oxidation der organischen Verbindungen und setzt eine niedrige Schlammbelastung, ausreichende Sauerstoffzufuhr und Abwassertemperaturen über 12° C voraus.

Pendler/Pendlersaldo

Pendler sind hier sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht am Arbeitsort wohnen, sondern diesen im Berufs- pendlerverkehr regelmäßig aufsuchen. Jeder Pendler wird in seiner Arbeitsgemeinde/ seinem Arbeitskreis als Einpendler, in seiner Wohngemeinde/ seinem Wohnkreis als Auspendler registriert. Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Primäreinkommen

der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) enthält die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, die den inländischen privaten

Noch: Erläuterungen und Definitionen

Haushalten zugeflossen sind. Zu diesen Einkommen gehören im Einzelnen die Selbstständigeneinkommen der Einzelunternehmen und Selbstständigen, die auch eine Vergütung für die mithelfenden Familienangehörigen enthalten, der Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigengenutztem Wohneigentum, sowie das Arbeitnehmerentgelt und die netto empfangenen Vermögenseinkommen (einschließlich des Erwerbs von Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (FISIM)).

Räume

sind alle Wohn- und Schlafräume mit 6 m² oder mehr Wohnfläche sowie alle Küchen.

Sozialhilfeempfänger

Bei den ermittelten Daten handelt es sich um Fallzahlen. Das heißt, es wird jede Person gezählt, die im Berichtsjahr laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und/oder Hilfe in besonderen Lebenslagen – auch nur zeitweilig – erhält. In die Erhebung nicht einbezogen werden Nichtsesshafte, Empfänger von Pauschalhilfeleistungen und Empfänger einmaliger Hilfen zum Lebensunterhalt. Seit 1994: Die Erhebung über die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, denen Leistungen für mindestens einen Monat gewährt werden, wird als Bestandserhebung am 31. Dezember durchgeführt. Die Erhebung über die Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen wird jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr als Totalerhebung durchgeführt. Vergleiche mit der Sozialhilfeaufwandstatistik sind wegen unterschiedlicher Erhebungsmethoden nicht möglich.

Unternehmensregister (URS)

Das Unternehmensregister ist eine Datenbank nahezu aller wirtschaftlich aktiven Unternehmen und Betriebe Baden-Württembergs (ohne die Land- und Forstwirtschaft, kleinere Freiberufler des Gesundheits- und Versicherungswesens sowie die öffentliche Verwaltung). Das Register wird jährlich aktualisiert und speist sich überwiegend aus vorhandenen Verwaltungsdaten. Aktueller Registerstand ist der 31.12.2006. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bezieht sich auf das Jahr 2004. Gegenüber früheren Darstellungen sind nunmehr auch Betriebe enthalten, die zum 31.12.2006 wirtschaftlich nicht mehr aktiv sind.

Verfügbares Einkommen

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (Ausgabenkonzept) ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden dagegen andererseits Einkommen- und Vermögensteuer, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztendlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

Wertstoffe

umfassen Abfallbestandteile oder Abfallfraktionen, die zur Wiederverwertung oder für die Herstellung verwertbarer Zwischen- und Endprodukte geeignet sind (wie Altglas, Altpapier, Altmetall, Kunststoffe, Textilien) und die im Rahmen kommunaler Sammlung aus Haushalten und Kleingewerbe mittels Depotcontainern, Einstoff- bzw. Mehrstoffbehältern, im Rahmen von Abholaktionen durch Vereine und Gewerbebetriebe, über eine zentrale Sammelstelle oder im Auftrag der entsorgungspflichtigen Körperschaft sowie der Duales System AG getrennt gesammelt werden.

Wohngeld, allgemeines

wird auf Antrag als Zuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum gewährt. Auf allgemeines Wohngeld (Tabellenwohngeld) hat jeder Haushaltsvorstand einen Anspruch, wenn er seine Wohnung (Wohnraum) mit den zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern tatsächlich bewohnt. Die Höhe des Wohngeldes ist abhängig von der Haushaltsgröße, der Höhe des Familieneinkommens und der Höhe der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung (Höchstbeträge). Der Wohngeldanspruch kann entweder als Mietzuschuss oder als Lastenzuschuss geltend gemacht werden.

Wohngebäude und Nichtwohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Zu den Wohngebäuden zählen auch Wohnheime. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, z. B. gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.



Baden-Württemberg
STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641- 0 Zentrale
Telefax 0711/641- 24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst
Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen
und historischen Statistiken für
Baden-Württemberg, seine Regionen,
Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641- 28 33, Telefax - 29 73

Bibliothek
Die Präsenzbibliothek für alle
Telefon 0711/641- 28 76, Telefax - 29 73

Pressestelle
Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich
zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641- 24 51, Telefax - 29 40

Vertrieb
Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641- 28 66, Telefax - 13 40 62

Kontaktzeiten
Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de